

Buchbesprechungen

Göppl, Hermann und Rudolf Henn (Hrsg.): Geld, Banken und Versicherungen. Beiträge zum 1. Symposium Geld, Banken und Versicherungen an der Universität Karlsruhe. Spektrum Buchdienst, Königstein/Ts. 1981. 2 Bde., 616 und 608 S. Geb. je DM 98,—.

Im Dezember 1980 fand an der Universität Karlsruhe das 1. Symposium über „Geld, Banken und Versicherungen“ statt. Die insgesamt 89 Einzelbeiträge der Tagung sind, z. T. in Kurzfassungen von wenigen Seiten, in den beiden hier besprochenen Bänden auf gut 1200 Seiten abgedruckt. Erklärtes Ziel der Großveranstaltung war die Diskussion neuerer Entwicklungen „im Bereich der monetären Märkte und der Finanzmittlerunternehmen“ sowie der Versuch eines „Brückenschlags zwischen Theorie und Praxis“ (Band I, Vorwort S. V). Über 400 Wissenschaftler und Repräsentanten der Praxis aus dem In- und Ausland diskutierten, neben vier Überblicksreferaten, die Schwerpunkte „Geldtheorie und Geldpolitik“, „Kapitaltheorie und Portfolioplanung“, „Finanz- und Unternehmensplanung“ (Band I) sowie „Finanzintermediation“, „Versicherung“, „Bankpolitik“ und „Bausparen“ (Band II). In diesem inhaltlich umfassenden Anspruch sind die beiden Bände hierzulande ein Novum, hinter dem eine offensichtlich erfolgreiche Tagungstätigkeit steht: Mittlerweise wurde das „Third Symposium on Money, Banking and Insurance“ im Dezember 1984 an der Universität Karlsruhe veranstaltet.

Eine Besprechung der beiden vorliegenden Bände, die keine umfangreiche Literaturabhandlung werden will, muß sich bei der Vielzahl der Einzelbeiträge und der Breite der Thematik auf das besonders Hervorzuhebende beschränken. Die Selektion ist notwendigerweise willkürlich, weil subjektiv; der interessierte Leser ist natürlich gerade bei derartigen Sammelbänden aufgefordert, selbst nachzulesen und das für ihn besonders Lesenswerte zu entdecken. Als aktuelles „Nachschlagewerk“ mag jeder Band seinen Preis (98,— DM, hard cover) wert sein; im Interesse einer weiteren Verbreitung unter Studenten — und auch zur Eindämmung des mittlerweile üblichen Bücher-„Lesens“ per Kopiermaschine — wäre eine einfachere und/oder preiswertere Edition vorzuziehen gewesen.

Die Besprechung hat schließlich auch zu berücksichtigen, daß viele Arbeiten in dem zweibändigen Werk Momentaufnahmen aktueller Fragen und Forschungsarbeiten „in progress“ darstellen, und zwar zum Zeitpunkt ihrer Präsentation im Dezember 1980. Heute, rund vier Jahre später, kennen wir in einigen Fällen weiterführende Ergebnisse und verfügen über weitere, analytisch relevante Erfahrungen — etwa zum Thema „Die gegenwärtige Zinsorientierung der Bundesbankpolitik — Ergänzung oder Gegensatz zur Geldmengensteuerung? (H.-H. Francke, S. 139 - 151). Diese Frage braucht nicht (mehr) gestellt zu werden: Aus praxisorientierter Sicht sowieso nicht, und aus aktuellem Anlaß liegt die Einbeziehung der Wechselkurspolitik (Interventionspolitik) in die Analyse der Geldpolitik der Bundesbank viel näher. Als Beispiel für einen Beitrag, dessen außenwirtschaftliche Aspekte

in den letzten Jahren sehr intensiv in der Literatur (weiter-)diskutiert wurden, ist „Mindestreservepolitik, Geldmengensteuerung und Euromärkte“ von G. Dufey und O. Issing (S. 100 - 119) zu nennen. Heute ist der Forschungsstand über die Zusammenhänge zwischen dem Geldschöpfungspotential der Euromärkte, Bankenaufsicht und nationaler Geldmengenkontrolle analytisch und institutionell-politisch um einiges fortgeschritten, so daß dieser Beitrag eher als Basis und Ausgangspunkt für die Rezeption neuerer Arbeiten zu verstehen ist. Auch die Arbeit von R. Stehle über „Die Prognose nominaler und realer Wechselkursänderungen“ wäre hier einzuordnen. Ähnliche Einschränkungen könnten schließlich angeführt werden zum Thema „Bankpolitik“, das heute ungleich stärker von der Diskussion über die Schuldenkrisen und Umschuldungsaktionen einiger Länder der „Dritten Welt“ beeinflußt wird als noch vor vier Jahren (vgl. z. B. „Die Versicherung von Großkrediten“ von W. Gerke, S. 636 - 654, oder „Kreditüberwachung durch Früherkennen von Risikosymptomen“ von H. Rödl, S. 1111 - 1129).

Die genannten Beispiele sind insofern willkürlich herausgegriffen, als sie — wie schon angedeutet — den fachlichen Forschungsschwerpunkt des Rezensenten reflektieren. Die genannten Vorbehalte sind andererseits bei vielen Beiträgen des 1. Karlsruher Symposiums ganz ausdrücklich nicht zu machen — einigen Arbeiten kommt vielmehr grundsätzliche Bedeutung zu, die über den Tag hinausreicht und die beiden Bände als Kollektion grundlegender Analysen zum Generalthema „Geld, Banken und Versicherungen“ hervorhebt. Hier seien exemplarisch zehn solcher Beiträge genannt:

- Die Analyse von N. Klotten zur Rezeption theoretischer Erkenntnisse in der Geldpolitik (S. 39 - 54), die das Verhältnis zwischen Theorie und Politik als Zyklus- und Trendphänomen interpretiert;
- Die Fallstudie von H. J. Jaksch über die deutsche Hyperinflation von 1923 (S. 212 - 226), in der er dieses Phänomen mit einem kleinen ökonomischen Modell simuliert und dabei dessen ‚Katastropheneigenschaft‘ durch Funktionen mit Unstetigkeitsstellen formal erfaßt;
- Die neo-keynesianische Untersuchung über Staatsverschuldung und Investitionstätigkeit von Karmann und Ketterer (S. 227 - 241), die sich mit einigen Bedingungen des ‚portfolio crowding out‘ in einem Tobinschen Analyserahmen auseinandersetzt und zeigt, daß als Folge von Budgetdefiziten sowohl ‚crowding out‘ als auch ‚crowding in‘ auftreten kann;
- Die Überlegungen von M. Krüger zur Fundierung einer Theorie zyklischen Wachstums (S. 242 - 258), die u. a. der Frage gewidmet sind, welcher Raum für eine aktive staatliche Beschäftigungspolitik bleibt, wenn man die Tendenzen zu zyklisch bedingter und langfristiger Arbeitslosigkeit anerkennt;
- Die beispielhafte Verzahnung praktischer und theoretischer Kenntnisse durch O. Pfeleiderer in seiner Untersuchung der Zins- und Liquiditätspolitik im Rahmen der Geldmengensteuerung (S. 246 - 272);
- Die Anwendung der langfristigen Investitionstheorie auf die Portfolioselektion (R. R. Grauer und N. H. Kekansson, S. 417 - 429), die u. a. zu dem Ergebnis kommt, daß auch risikoscheue Investoren den Aktienmarkt als Anlagefeld in Betracht ziehen;
- Die theoretische Arbeit von M. J. Beckmann über die optimale Gewinnverteilung von Aktiengesellschaften, die eine Grundsatzdiskussion der genauen Natur einer optimalen Dividendenpolitik darstellt (S. 491 - 501);

- Die eher praxisorientierte Untersuchung von T. Böttcher über die Höhe des Emissionskurses junger Aktien bei Kapitalerhöhungen und Dividendenkonstanz (S. 502 - 518);
- Die Duration-Analyse von B. Rudolph zur Überprüfung des Risikogehalts von Festzinspositionen der Kreditinstitute (S. 539 - 554);
- Die modelltheoretische Analyse der Einwirkungen finanzieller Regulatoren (z. B. von Mindestreserven oder Bestimmungen der Bankenaufsicht) auf das Portfolioverhalten von Finanzmittlern (D. I. Folkerts-Landau, S. 617 - 630).

Sicherlich könnte diese Liste herausragender Beiträge zu den jeweiligen thematischen Schwerpunkten noch erweitert werden. Auch wären entsprechende Arbeiten zu den anderen Themenkreisen des 2. Bandes „Versicherung“, „Bankpolitik“ und „Bausparen“ zu erfassen. Beides wird hier aus Platz- und Kompetenzgründen unterlassen. Letzten Endes haben schon die genannten zehn Arbeiten soviel Gewicht und Qualität, daß sie den positiven Gesamteindruck der beiden Bände exemplarisch zu belegen vermögen.

W. Gebauer, Florenz

Zohlnhöfer, Werner (Hrsg.): Wachstumsminderung und soziale Gerechtigkeit. Lahn-Verlag, Limburg 1982. 140 S. Kt. DM 19,80.

Es wird oft die These vertreten, daß das kräftige wirtschaftliche Wachstum der Vergangenheit den gesellschaftlichen Verteilungskonflikt nur habe verdecken, nicht aber aufheben können. Erst in der jetzigen Wirtschaftskrise zeige sich die wirkliche Qualität der *sozialen* Marktwirtschaft und des *sozialen* Rechtsstaates. Die Konsolidierungspolitik müsse die „soziale Ausgewogenheit der Kürzungen“, das „Gebot der Gerechtigkeit für die kleinen Leute“ (Willy Brandt), beachten. Wachstumsminderungen seien zudem geboten, um eine vorzeitige Ausbeutung der erschöpfbaren Ressourcen zu verhindern und um den Entwicklungsländern endlich den wirtschaftlichen Anschluß an die Industrieländer zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das von *Zohlnhöfer* herausgegebene kleine Buch besondere Bedeutung, weil es die Frage der sozialen Gerechtigkeit bei Wachstumsminderung stellt und aus unterschiedlichen Blickrichtungen sowohl eine Diagnose versucht als auch Therapievorschläge anbietet. Es umgreift binnen- und weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Die sechs Einzelbeiträge der Autoren sind verständlich geschrieben und geben einen breiten Problemaufriß bei großer analytischer Tiefenschärfe. Das einigende Band zwischen ihnen ist die Ablehnung dirigistischer Vorschläge, die ihrerseits pessimistischen Grundeinstellungen entspringen. Das Buch würde noch gewinnen, wenn sich die einzelnen Beiträge an eine problemorientierte Einführung anschließen. Manche Wiederholungen ließen sich dadurch vermeiden. Der Aufsatz von *Zohlnhöfer* („Wachstumsminderung und Wirtschaftsordnung“) könnte als solche fungieren.

Er arbeitet zunächst (S. 77 ff.) die hinsichtlich der Minderung des wirtschaftlichen Wachstums relevanten Problemstellungen heraus. Zu unterscheiden sind die *ökologische* Position einerseits und die *ökonomische* Position andererseits. Stichwortartig verkürzt fordern die Vertreter der ersten Position zumindest ‚Nullwachstum‘ und drücken damit den absoluten Vor-

rang der Ressourcenschonung aus, während die ökonomische Position die Umweltschutzziele im Kontext mit den anderen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielen nicht eigens hervorhebt. Gleichwohl gibt es Ökonomen, die Wachstumsinderungen für unabwendbar halten, weil sich in vielen Bereichen offenkundig Tendenzen einer Marktsättigung zeigen (Wachstumspessimisten). Wachstumsoptimisten halten demgegenüber ein weiteres wirtschaftliches Wachstum nicht nur für wünschenswert, sondern auch für realisierbar. Dabei werden Fragen des Umweltschutzes keineswegs gering geachtet; es wird vielmehr überzeugend dargelegt, daß eine konsequente Umweltschutzpolitik im Interesse einer langfristigen Wachstumsicherung nötig ist und daß sie keine Wachstumsinderungen zur Folge haben muß. Die seit geraumer Zeit auftretenden Wachstumsstörungen sind vielmehr das Ergebnis einer schon lange andauernden massiven Mißachtung der Funktionsbedingungen der Marktsteuerung. Um diese Problembereiche gruppieren sich die Analysen der einzelnen Beiträge.

Klemmer („Wachstumsinderung durch Rücksichtnahme auf die Umwelt“, S. 24 ff.) stellt fest, daß die ökologisch begründete Forderung nach einem ‚Nullwachstum‘ die Menschheit in eine Katastrophe führen würde. So würde sich der Verteilungskonflikt im internationalen Rahmen dramatisch verschärfen, denn ein sich auskoppelndes Industrieland enthebt sich der Verantwortung für das Wohlergehen anderer Länder und Völker; zudem wären diktatorische politische Entwicklungen im Innern unvermeidbar (vgl. S. 30 ff.). Dies wäre eine der fatalen Konsequenzen, wenn eine globale Wachstumsbegrenzung aufgrund der sog. erschöpfbaren Ressourcen letztlich dennoch unausweichlich ist. *H. K. Schneider* („Wachstumsinderung durch begrenzte Energie- und Rohstoffvorräte“, S. 7 ff.) zeigt jedoch, daß die Gesellschaften dieser behaupteten Wachstumsbegrenzung entrinnen können, wenn sie rechtzeitige strukturelle Anpassungen der Wirtschaft ermöglichen. Voraussetzung dazu sind knappheitsgerechte Preise, in denen sich auch die Opportunitätskosten für den entgangenen Nutzen in der Zukunft widerspiegeln müssen. Dadurch werden wichtige Substitutions- und Innovationsprozesse initiiert, die schließlich zu komparativen Produktionsvorteilen führen können, reale Austauschverhältnisse verbessern, damit neue Arbeitsplätze schaffen und dauerhafte Beschäftigungseinbußen vermeiden (vgl. S. 20 ff.). Diesen Gedanken greift auch *Zohlhörer* auf (S. 83 ff.), wobei er unterstreicht, daß die integrale Zielsetzung eines wirksamen Umweltschutzes sowohl auf die *ökologische Effektivität* als auch auf die *ökonomische Effizienz* der einzusetzenden Mittel abstellen muß. Unter dieser doppelten Zielrichtung spricht er sich für eine Zertifikationslösung aus, weil nur sie zu knappheitsgerechten Preisen für Umweltverschmutzung führt und einen umweltfreundlichen Innovationsdruck erzeugt.

Wachstumsinderungen sind keinesfalls monokausal zu erklären (vgl. *Küng*, „Wachstumsinderung — Trends und Ursachen“, S. 42 ff.). Daher überzeugt auch die These von der zunehmenden Marktsättigung nicht; erkennt sie doch einerseits die ungeahnten Möglichkeiten, die in der Entwicklung neuer Produkte (und der dazu nötigen Produktionsverfahren) liegen, wie andererseits die unleugbare Tatsache, daß in vielen Entwicklungsländern nach wie vor ein großer Teil elementarer Grundbedürfnisse ungestillt ist und daß auch breite Bevölkerungsschichten in den Industrieländern nicht optimal versorgt sind. Vielleicht ist die Rede von der Marktsättigung und den ‚jobkillenden‘ neuen Technologien nur eine bequeme Ausrede für die von *Klemmer* hervorgehobene These, daß hochentwickelte Gesellschaften eine

zunehmende Tendenz zeigen, zu passiven Gesellschaften zu denaturieren. Die damit einhergehenden Phänomene wie Aussteigermentalität, Resignation, Immobilität, möglichst hohe Risikovermeidung und auf staatlicher Seite zunehmender Bürokratismus und Zentralismus erschweren jedoch die Anpassungsfähigkeit (vgl. S. 41).

Gerade dieser Hintergrund zeigt die Notwendigkeit klarer ordnungspolitischer Konzeptionen auf, denn die Überwindung der Krise kann nur in einer konsequenten Strukturanpassung liegen. Darin stimmen alle Autoren überein. Freilich ist festzustellen, daß sich der Staat und wichtige gesellschaftliche Gruppen in diesem Sinne wenig hilfreich verhalten, ja daß sie die Krise erst mit herbeigeführt und verstärkt haben. So belegt *Schneider* die ordnungspolitische Fehlsteuerung für den Rohstoff- und Energiebereich durch die Setzung politischer Preise (S. 22 f.). *Zohlhoyer* zeigt am Beispiel der Lohnpolitik der Gewerkschaften wie sich infolge des kräftigen Umverteilungsbegehrens die Faktorpreisrelationen zwischen Arbeit und Kapital nachhaltig verschoben haben. Hinzu trat eine Finanz- und Sozialpolitik, die nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten überstieg, sondern — wenn auch in bester Absicht — die Leistungsanreize kontinuierlich senkte (vgl. S. 96 ff.). Auch *Küng* belegt, wie die vom Staate abgegebene Vollbeschäftigungsgarantie die Fehlentwicklung begünstigte und zur strukturellen Arbeitslosigkeit beigetragen hat (vgl. S. 55). In diesem Zusammenhang ist der Beitrag von *Külp* („Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines verminderten wirtschaftlichen Wachstums“, S. 58 ff.) wertvoll, denn er zeigt, wie das jeweilige Verhalten der politischen Entscheidungsträger notwendige Anpassungsprozesse verzögert und erschwert und wie damit langfristig gesehen das gesellschaftspolitische Konfliktpotential erhöht wird.

Eine Ordnungspolitik, die sich der Funktionsbedingungen der Marktsteuerung (einschließlich der Funktionsbedingungen der Demokratie) bewußt ist, tut daher not. Sie muß sich in der Korrektur der Lohnpolitik und in einer wachstumskonformen Umgestaltung der Sozialpolitik niederschlagen, um weitere Wachstumsinderungen zu vermeiden, schonenden Umgang mit der Umwelt und mit den erschöpfbaren Ressourcen zu ermöglichen und dennoch soziale Gerechtigkeit zu realisieren (vgl. *Zohlhoyer*, S. 100 ff. und S. 106 ff.).

Wenngleich die ökonomisch orientierten Beiträge die politischen und sozialen Implikationen einer Strategie der Wachstumsinderung ausdrücklich mit berücksichtigen, könnte doch der Vorwurf entstehen, daß das ökonomische Denken mit der einseitigen Fixierung auf die alles heilende Strukturanpassung der Wirtschaft im Mittelpunkt stehe. Deshalb ist zu begrüßen, daß zum Schluß des Bandes mit *Korff* ein Theologe die Problematik einer Wachstumsinderung aus sozialemethischer Sicht behandelt („Wachstumsinderung — Auftrag zu solidarischem Handeln“, S. 115 ff.). Unter diesem Aspekt stellt er unmißverständlich fest: „Wachstumsstop ist . . . kein generell verantwortbares sozialemethisches Postulat“ (S. 120), denn für fünf Milliarden Menschen kann es keine ökologischen Nischen geben (vgl. S. 118 f.). Wohlverstandene Rationalität und Solidarität gebieten ein künftiges sinnvolles Wachstum, das von der Dynamik zum Humanen bestimmt sein muß (vgl. S. 120).

Das Buch ist damit in sich abgerundet und keineswegs einseitig ausgerichtet. Es ist sowohl Wachstumspessimisten und Ökologen als auch Politikern und Verbandsfunktionären eindringlich als nachdenkenswerte Lektüre zu empfehlen.

S. F. Franke, Hamburg

Tenbruck, Friedrich H.: Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder: Die Abschaffung des Menschen. Verlag Styria, Graz - Wien - Köln 1984. 328 S. Kart. DM 45,—.

Die übliche Art der Beziehungen des Ökonomen zu den anderen Sozialwissenschaften, besonders aber zur Soziologie, gleichen denen, wie sie nach Zerwürfnissen in Familien herrschen: man ist sich der Verwandtschaft bewußt, lehnt aber Stellungnahmen des jeweils anderen Familienmitglieds als subjektiv gefärbt, als unsachlich und inhaltlich unzutreffend ab. Im — vielleicht nicht unberechtigten — Verdacht, eine Werkstatt zur Produktion von Ideologien vorzufinden, verzichten die meisten Ökonomen auf einen Blick über den Zaun zur sozialwissenschaftlichen Verwandtschaft, und sie sind sogar mehr und mehr dazu übergegangen, mit ihren eigenen Methoden solche Probleme zu analysieren, die man, wie das Verhalten von Politikern, Familienvätern, Kriminellen oder Selbstmördern, mit Recht für genuin „soziale“ Sachverhalte hält.

Um so interessanter mag es daher für Ökonomen sein, wenn einer der prominentesten deutschen Soziologen, Friedrich Tenbruck, es unternimmt, seine Disziplin, „die Soziologie nebst zugehörigen Sozialwissenschaften“ (S. 6), selbst zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen. Seine vorrangigen Anliegen bei dieser Untersuchung sind es, einmal die unausgesprochenen Grundannahmen, die der soziologischen Forschung zugrundeliegen, in aller Deutlichkeit herauszuarbeiten und zu kritisieren; zum anderen aber, zu zeigen, wie die Soziologie „den Durchbruch zur akademischen Schlüsselwissenschaft und den Einbau in die Gesellschaft“ (S. 6) erreichte. „Nicht Aufklärung durch die Sozialwissenschaft brauchen wir, sondern Aufklärung über die Sozialwissenschaften.“ (S. 17)

Der Aufstieg der Soziologie seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert, vor allem aber in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg, sei in Ost und West unaufhaltsam gewesen; ihr Erfolg, gemessen etwa an der Zahl der mit Soziologen besetzten Stellen, an ihrem Einfluß auf Lehrpläne, an der Nachfrage nach ihren Beratungsleistungen, sei enorm; sie habe „unmerklich eine ebenso ungewöhnliche wie undurchschaute Macht über unser privates und öffentliches Dasein gewonnen.“ (S. 14)

Die Gründe für diesen Erfolg seien aber ganz anders als diejenigen, die den Erfolg angewandter Naturwissenschaften wie Chemie oder Physik erklärten: im Gegensatz zu diesen Wissenschaften sei er „kein Resultat des sachlichen Erkenntnisfortschrittes gewesen“ (S. 101); „umgekehrt müssen wir vielmehr nach außer-, vor- oder überwissenschaftlichen Gründen suchen, die das ungewöhnliche Schauspiel, in dem sich ebenso unvermerkt wie unaufhaltsam eine Wissenschaft durchgesetzt hat, ... zu erklären vermag.“ (S. 101). Anders als die Naturwissenschaften sei die Soziologie „bar eines wie immer bescheidenen Schatzes kumulativer Erkenntnisse, jedenfalls nicht im Besitz irgendeiner konkret mitteilbaren Gesetzmäßigkeit, unfähig denn auch zu einer fachlich eindeutigen Prognose und Planung.“ (S. 282)

Der Anspruch der Soziologie, auf dem Gebiet der Gesellschaft das zu leisten, was die Physik auf dem Gebiet der Naturwissenschaft geleistet hat, wurde zwar offiziell seit der Entstehung der Disziplin, und bis heute, aufrechterhalten. „Es gelte, ... eine nach dem Vorbild der Naturwissenschaften angelegte ‚Soziologie‘ (für die Comte die ursprüngliche Bezeichnung ‚Soziale

Physik' nur ungern aufgegeben hatte, weil ihm Quetelet damit zuvorgekommen war) zu entwickeln.“ (S. 89)

Doch erfülle die Soziologie diesen Anspruch, Sozialtechnik zu sein, in gar keiner Weise; sie befriedige vielmehr ein viel tiefer liegendes „Urbedürfnis“ (S. 47) des Menschen nach Daseinsdeutung, und sie sei damit an die Stelle der durch die Aufklärung diskreditierten Religion getreten. Offenbares Anzeichen dafür sei die von Anfang an bestehende einzigartige „*unio mystica* der Soziologie mit der Religion.“ (S. 125) Alle religiösen Weltbilder „nehmen ihren Ausgang von den Ideen, durch die irgendwelche Intellektuelle als Visionäre, Propheten, Stifter einer neuen, im Grunde stets ‚religiösen‘ Daseinsdeutung auftreten, die sich alsdann einen Anhang von Gläubigen erwerben muß, um schließlich als gültiges Weltbild eingesetzt und tradiert zu werden.“ (S. 109) Nach genau diesem Muster habe sich die Soziologie entwickelt: Als Comte 1857 starb, wurde er „von seinen Schülern als Heiliger verehrt, hatte er sich den Titel ‚Le Fondateur de la Religion Universelle, Grand-Prêtre de l'Humanité‘ zugelegt.“ (S. 127) Marx habe sich mit Moses identifiziert, Fourier sich für den zwölffachen Newton, Lassalle sich für den Messias redivivus gehalten, „Saint Simon“ fühlte sich zeitweise als Jesus, derweil Comte es mit Paulus hielt.“ (S. 128)

Kurz, die Betrachtung der Geschichte der Soziologie lehre, „daß sie nicht die Wissenschaft ist, für die sie sich hält und ausgibt.“ (S. 180) Wenn, trotz dieser dubiosen Herkunft und Verfassung, von der „Herrschaft der Soziologie“ (S. 172) die Rede sein kann, so liegt das nach Meinung von Tenbruck daran, daß die Soziologie — ganz im Gegensatz zu den Naturwissenschaften — den Gegenstand ihrer Analyse beeinflussen, ja ihn sogar neu schaffen kann (S. 26 ff. und S. 252 ff.). Menschliches Handeln werde nämlich „nicht von den Tatsachen bestimmt, ... sondern von unseren Meinungen über die Tatsachen.“ (S. 30) Gelingt es nun einer Sozialwissenschaft, den Menschen ihre Behauptungen zur Kenntnis zu bringen und sie — ob nun richtig oder falsch — von ihrer Wahrheit zu überzeugen, so verwandeln sie die Menschen selbst, von innen.“ (S. 29) „Wenn die Naturwissenschaft irrt, entstehen Ruinen. Aber die Human- und Sozialwissenschaften schaffen Wirklichkeit, auch wenn sie irren.“ (S. 253)

Kraft dieser Macht habe die Sozialwissenschaft die Welt innerhalb einer Generation zu dem Glauben bekehrt, alle Erscheinungen der sozialen Welt seien „aus gesellschaftlichen Verhältnissen zu erklären.“ (S. 33) Die Sozialwissenschaft erfaßt so, „je eifriger sie betrieben wird, nur mehr die Wirkungen des eigenen Tuns, weil das Handeln, durch die Sozialforschung zunehmend angereichert und umgelenkt, sich bereits in Kenntnis und im Rahmen der von der Sozialforschung vermittelten Vorstellungen und Vordeutungen vollzieht.“ (S. 211); sie „fühlt sich mit ihren Aussagen sozusagen selbst den Puls.“ (S. 290)

Die Auswirkungen dieser Eigendynamik der Soziologie sind aber, so Tenbruck, fatal: „Wer sich anstatt als Person als Merkmalsvertreter, anstatt als Handelnder als Rollenträger, anstatt als Glied einer Gemeinschaft oder Bürger eines Staates als Positionsinhaber in einer ‚Gesellschaft‘, anstatt als Teil einer geschichtlich geprägten Nation als Teilnehmer an einem Differenzierungsprozeß ... versteht, der kann offenbar kaum noch die Selbstvorstellungen bilden, die trotz aller Variationen menschlicher Gemeinbesitz gewesen sind.“ (S. 235) Nach Ansicht von Tenbruck ist die Durchdringung der

Gesellschaft vom Un-Geist der Soziologie weit fortgeschritten und hat sich sogar schon in der Alltagssprache niedergeschlagen: Alte Begriffe wie „Person, Sittlichkeit, Gemeinschaft, Nation, Kultur, Geschichte, Delinquenz“, wurden außer Kurs gesetzt und neue Vorstellungen wie „Selbstverwirklichung, Identität, Rolle, Systemprozeß, Devianz“ (S. 249) in Umlauf gebracht.

Die Bewältigung einer solchen ungewollten Entmündigung durch die Sozialwissenschaften müsse beginnen „mit dem Entschluß, ‚die Gesellschaft‘ aus unseren Vorstellungen und unserem Vokabular zu verbannen“ (S. 202) und darauf zu dringen, „daß wieder die realen Erscheinungen und Mächte — als Staaten, Parteien, Kirchen, Kulturen, Verbände, Gruppen oder wie immer sonst — benannt werden.“ (S. 203) Etwas vager ist Tenbrucks Vorschlag, die Soziologie solle nicht nach Gesetzmäßigkeiten suchen, sondern „uns die konkrete Wirklichkeit, in die wir uns hineingestellt finden, in den möglichen Bedeutungen aufschließen, die sie für uns haben kann und jedenfalls dann haben muß, wenn wir in ihr einen Sinn finden wollen.“ (S. 306)

Der Ökonom wird den Vorstellungen Tenbrucks wünschen, daß sie ihrerseits eine soziale Eigendynamik entwickeln. Denn die Annahme über das menschliche Verhalten, die Tenbruck dem Menschenbild der Soziologie gegenüberstellt, das er kritisiert und ablehnt, sind ihnen ausgesprochen vertraut: in relativer Unabhängigkeit versuchen bewußt, mit Einfaltsreichtum und rational handelnde Personen ihre selbst gesetzten Ziele zu erreichen. Darüber hinaus würde aber der Wirtschaftstheoretiker dem Soziologen empfehlen, Kollektive nicht als selbständig handelnde Einheiten zu verstehen, sondern auch kollektive Sachverhalte (oder: „Aggregate“) als (beabsichtigte oder unbewußte) Ergebnisse des Zusammenwirkens individueller Handelnder aufzufassen.

Tenbrucks Buch bietet für den Ökonomen, der sich über Zustand und Selbstverständnis der Soziologie informieren will, sicher eine Vielzahl von Anregungen, obwohl er bei zahlreichen der Argumente Tenbrucks finden wird, daß dies auch „immer schon“ sein Eindruck von der Soziologie war.

Tenbrucks Analyse leidet unter der Unbestimmtheit des vorgeschlagenen alternativen Forschungsprogramms für die Soziologie; er findet nicht zum Vorschlag eines konsequenten methodologischen Individualismus, obwohl alle seine Argumente in diese Richtung laufen und andere Soziologen dieses Programm, das dem der Wirtschaftstheorie weitgehend entspricht, schon in Einzelheiten entwickelt haben (z. B. K.-D. Opp, Individualistische Sozialwissenschaft, Stuttgart 1979). Bei konsequenter Einhaltung dieses Weges hätte er auch auf den recht unplausiblen Vorschlag verzichten können, Soziologie als eine empirische Wissenschaft zu betreiben, die aber nicht nach Gesetzmäßigkeiten sucht, als eine „Theorie ohne Theorie“ also!

Das Buch ist für eine soziologische Schrift ungewöhnlich gut lesbar, ja teilweise stilistisch so gut formuliert, daß man einige „Soziologismen“ (eine Überlegung an etwas „festmachen“ oder sich bzw. eine Meinung irgendwo „verorten“) gerne in Kauf nimmt. Etwas störender sind der wenig systematische Aufbau der Argumente und die zahlreichen inhaltlichen Wiederholungen: der Inhalt dieses guten Buches hätte den Stoff zu einem brillanten Aufsatz abgegeben.

M. Tietzel, Duisburg

Klodt, Henning: Produktivitätsschwäche in der deutschen Wirtschaft (Kie-ler Studien 186). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1984. IX, 144 S. Brosch. DM 42,—, Ln. DM 62,—.

Das Wachstum der Arbeitsproduktivität ist eine zentrale Determinante der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung. Das gilt einmal für die Höhe des wirtschaftlichen Wachstums. In der Bundesrepublik Deutschland wird das durchschnittliche Wirtschaftswachstum im Zeitraum 1959 - 1981 (3,8 vH) nahezu vollständig vom Wachstum der Arbeitsproduktivität getragen (3,7 vH). Daneben ist es sowohl in der Längsschnitts- als auch in der Querschnittsbe- trachtung ein wichtiger Bestimmungsfaktor der langfristigen Preisentwick- lung. Es wirkt dämpfend auf das Preiswachstum ein und ist damit wiederum wachstumsfördernd.

Seit Mitte der siebziger Jahre ist in allen Industrieländern eine Verlang- samung des Produktivitätswachstums zu beobachten, am ausgeprägtesten in den USA („productivity slowdown“). Die Produktivitätsforschung ist ent- sprechend zu einem wichtigen Bereich der theoretischen und empirischen Wirtschaftsforschung geworden. Für die Bundesrepublik liegen nur wenige Untersuchungen zu diesem Forschungsgebiet vor (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft, Deutsche Bundesbank), auch wohl dadurch bedingt, daß der Rückgang des Produktivitätswachstums hier im internationalen Vergleich nur unterdurchschnittlich hoch ausgefallen ist. Er ist dabei im verarbeitenden Gewerbe ausgeprägter als im Dienst- leistungssektor, unter den Branchenhauptgruppen am stärksten in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie.

Die vorliegende Monographie von Klodt stammt aus dem Institut für Welt- wirtschaft an der Universität Kiel und ist dort im Zusammenhang mit der Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute entstanden. In- sofern nimmt sie eine Vielzahl von Teilergebnissen der Strukturberichte auf und vertieft sie. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Analyse sind damit be- reits vorgegeben. Der Verfasser geht der Frage nach, welche Faktoren zur Verlangsamung des Produktivitätswachstums beigetragen haben. Es geht ihm dabei nicht um eine exakte Quantifizierung der einzelnen Komponenten, sondern lediglich um eine Abschätzung der Größenordnungen.

Das *erste* Kapitel beinhaltet zunächst eine Beschreibung der Produk- tivitätsentwicklung. Ein Test auf Strukturbuch ergibt, daß in 26 von 47 Wirt- schaftszweigen die Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts signifikant ist. Eine erste Ursache der Produktivitätsschwäche wird im rückläufigen Wirtschaftswachstum gesehen (Verdoorn-Theorem). Für den Zeitraum 1973 - 1979 gilt das Theorem im internationalen Vergleich nicht mehr, andere Fak- toren müssen dann die Produktivitätsschwäche erklären. So kann der Rück- gang der Investitionsquote sowohl zu dem verringerten Produktions- als auch Produktivitätswachstum geführt haben. Als Indikator der Produkti- vität findet die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde, also eine partielle Faktorproduktivität, Verwendung. Der Verfasser diskutiert eingehend die Schwächen dieser Größe, sowohl von der Output- als auch von der In- putseite her, z. B. das Problem der Preisbereinigung der nominalen Brutto- wertschöpfung und der Heterogenität der Inputfaktoren. Entsprechend emp- fiehlt er eine vorsichtige Interpretation der ausgewiesenen Werte, insbeson- dere für den Dienstleistungssektor. Eine totale Faktorproduktivität ermittelt er nicht, da sie mit zusätzlichen Meßproblemen behaftet ist.

Im *zweiten* Kapitel wird der Zusammenhang zwischen sektoralem Strukturwandel und Produktivitätswachstum diskutiert. Der Strukturwandel übt einen positiven Produktivitätseffekt aus, wenn der Anteil von Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlichem Produktivitätsniveau (z. B. verarbeitendes Gewerbe) an der Produktion oder der Beschäftigung steigt. Kritisch gegenüber diesem Verfahren ist anzuführen, daß eine exakte rechnerische Ermittlung der Struktureffekte nicht möglich ist, da sie nicht isolierbar sind. Sie sollte deshalb unterbleiben, auch wenn — wie bei Klodt — Einschränkungen für die Interpretation der ermittelten Größenordnungen genannt werden¹. Wirtschaftswachstum und Strukturwandel beeinflussen sich gegenseitig, es besteht eine zweiseitige Kausalität. Deshalb ist es irreführend, eine einseitige Beziehungsrichtung (Strukturwandel führt zu Wirtschaftswachstum) herauszugreifen und Indikatoren des Wirtschaftswachstums unter der Annahme der Strukturkonstanz zu ermitteln. Der gemessene Struktureffekt ist zudem auch von der Tiefe der Disaggregation der Wirtschaft abhängig.

In einem zweiten Schritt will der Verfasser die Produktivitätseffekte des veränderten Beschäftigungsniveaus berechnen. Er geht dazu von der Beobachtung aus, daß das Ausmaß der Produktivitätsschwäche im internationalen Vergleich von der Beschäftigungsentwicklung abhängig ist. Daraus zieht er den Schluß, daß die Verlangsamung des Produktivitätswachstums in der Bundesrepublik durch die Zunahme der Arbeitslosigkeit unterzeichnet sei („freizeitungsbedingter Produktivitätseffekt“). Auch die Berechnung einer beschäftigungsneutralen Abschwächung des Produktivitätsfortschritts ist von eingeschränktem Wert, da sie die Interdependenz zwischen Strukturwandel und Konjunkturschwankungen außer Betracht läßt. Die Produktivitätsentwicklung ist nicht lediglich die Ursache langfristig wirkender Faktoren (Skalenerträge, neue Verfahrenstechniken), sondern auch die Folge unternehmerischer Anpassungsreaktionen an Strukturwandlungen auf der Angebots- und Nachfrageseite, z. B. einer Zunahme der Produktionskosten². Sie ist ein Parameter der Kostenentlastung. Die restriktive Geldpolitik der Notenbank zur Sicherung der Geldwertstabilität hat das Anpassungsproblem zulasten des Arbeitsmarktes gelöst. Ob eine stärkere Inflationierung die Arbeitsplätze insbesondere im verarbeitenden Gewerbe langfristig gesichert hätte, ist ungewiß. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist das Ergebnis der Bemühungen der Unternehmungen, angesichts der Nachfrage- und Kostenentwicklung konkurrenzfähig zu bleiben. Von einer *verdeckten* Produktivitätsschwäche als Folge der gestiegenen Arbeitslosigkeit sollte man nicht sprechen.

Das *dritte* Kapitel behandelt den Zusammenhang zwischen Faktorsubstitution und Produktivitätsentwicklung mit Hilfe produktionstheoretischer Modelle. Berücksichtigt wird neben Kapital und Arbeit auch der Faktor Energie. Die Berechnungen zeigen, daß sich das Substitutionsverhalten der Unternehmen bei steigenden Energiepreisen in den siebziger Jahren verändert hat. Bis dahin dominiert die Einsparung von Arbeit, nach der Ölpreiserhöhung wird Energie durch Kapital substituiert und erhöht die Rohstoffproduktivität. Der Anstieg der Arbeitsproduktivität verlangsamt sich dage-

¹ Zur Problematik der Ermittlung von Struktureffekten aufgrund tautologischer Umformungen vgl. E. v. Knorring, Lohn- und Beschäftigtenstruktur. Berlin 1978, S. 78.

² Vgl. W. Lamberts, Geldzins, Güterzins und Arbeitsproduktivität. RWI-Mitteilungen, Jg. 34 (1983), S. 147 ff.

gen. Neben der stärkeren Verwendung von Kapital zur Substitution von Energie als von Arbeit dürfte auch der weniger arbeitssparende Charakter des technischen Fortschritts zu einer Dämpfung des Produktivitätswachstums als Folge der Energieverteuerung beitragen. Die Berechnungen kommen unter der Annahme gegenüber 1973 unveränderter Faktorpreise zu dem Ergebnis, daß knapp ein Drittel des verlangsamten Produktivitätsanstiegs im Zeitraum 1973 - 1980 die Folge der Energieverteuerung ist. Deren Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit sind dabei nicht berücksichtigt. Der Rückgang der Investitionsquote als Folge sinkender Rentabilität unternehmerischer Aktivitäten und damit das Ausmaß der Kapitalintensivierung hat auf dem Wege einer Veralterung des Kapitalstocks ebenfalls zu einem Rückgang des Produktivitätswachstums beigetragen.

Im vierten Kapitel untersucht der Verfasser den Einfluß neuer Technologien auf den Produktivitätsfortschritt. Einleitend stellt er anhand amerikanischer Untersuchungen fest, daß ein allgemeiner Mangel an technologischen Möglichkeiten als Erklärungsgrund für die zu beobachtende Wachstumsschwäche nicht besteht. Dennoch ist eine Abschwächung des technischen Fortschritts nicht auszuschließen. Einmal können von den Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den siebziger Jahren geringere Impulse auf die Arbeitsproduktivität ausgegangen sein als in den sechziger Jahren. Indikatoren dafür sind: eine Stagnation der preisbereinigten F & E-Aufwendungen, ein Rückgang des Anteils der Aufwendungen für Grundlagenforschung an der Gesamtforschung, ein Rückgang der Patentanmeldungen. Zum anderen verlangsamt sich die Diffusion technischer Neuerungen aufgrund eines abnehmenden Modernitätsgrades des Kapitalstocks. Auch die Möglichkeit des Imports technischen Wissens hat sich verringert. Auf der Basis dieser Argumente schließt der Verfasser auf eine Verlangsamung des technischen Fortschritts in der deutschen Industrie³.

Zusammenfassend nennt er folgende Ursachen für die Produktivitätsschwäche der deutschen Wirtschaft:

- Einbruch der Investitionstätigkeit, verlangsamte Faktorsubstitution,
- Energieverteuerung, Bindung von Kapital durch Energiesubstitution,
- Verlangsamung des technischen Fortschritts.

Sie dürfte eine langanhaltende Erscheinung sein, zu deren Überwindung es vor allem der Erhöhung der Investitionsquote bedarf. Diese wirkt sowohl von der Nachfrage- als auch von der Angebotsseite auf das Produktions- und Produktivitätswachstum ein. Die genannten Ursachen der Produktivitätsschwäche sind nicht unabhängig voneinander, sondern bedingen und verstärken sich gegenseitig.

Die vorliegende Studie zur Produktivitätsschwäche der deutschen Wirtschaft beinhaltet einen weitgespannten Themenkreis. Die ökonomische Theorie, z. B. die Wachstumstheorie, ist nur begrenzt in der Lage, einen homogenen Erklärungsansatz des zu beobachtenden Phänomens zu liefern. Selbst eine Abschätzung von Größenordnungen ist im produktionstheoretischen Schätzansatz aufgrund seiner restriktiven Prämissen mit Vorsicht zu betrachten. Er vernachlässigt bei der Berechnung hypothetischer Entwicklungen wie z. B. der Produktivitätseffekte des sektoralen Produktions- und Beschäf-

³ Vgl. zu dieser Diskussion die Strukturberichterstattung 1983 der Wirtschaftsforschungsinstitute.

tigtenstrukturwandels oder der Energiepreisverteuerung und der beschäftigungsneutralen Abschwächung des Produktivitätswachstums die Interdependenz des Wirtschaftsprozesses. Die Arbeit von Klodt bietet insgesamt einen geeigneten Einstieg in das behandelte Gebiet, der aufgrund der zentralen Rolle der Arbeitsproduktivität für die wirtschaftliche Entwicklung vertiefende Studien folgen müssen. Voraussetzung hierfür ist zunächst eine umfassende Aufarbeitung der amerikanischen Diskussion zum „productivity slowdown“, die noch erheblich vielschichtigere Argumente anführt.

F. Rahmeyer, Augsburg

Gaab, Werner: Devisenmärkte und Wechselkurse. Eine theoretische und empirische Analyse. Springer-Verlag, Berlin - Heidelberg - New York - Tokyo 1983. VII, 305 S. Geb. DM 48,—.

Die Wechselkursstheorie stand lange Zeit im Schatten der Zahlungsbilanztheorie. Bei der vorwiegend interessierenden Frage des automatischen Zahlungsbilanzausgleichs ist die Wechselkursfrage durch Annahme fester Wechselkurse so gut wie bedeutungslos. Allenfalls beim „Wechselkursmechanismus“ wird eine rein an den Vorstellungen der klassischen Preistheorie orientierte Wechselkursbildung als „Instrument“ des Zahlungsbilanzausgleichs eingeführt. Der Wechselkurs wird hierbei durch das Stromgrößengleichgewicht auf dem Devisenmarkt bestimmt. Die eigentlich untypische, aber dominierende Verwendung fester Wechselkurse wirft aber zumindest am Rande die Frage nach der Höhe eines festen Wechselkurses (Wechselkursniveau) auf. Die Kaufkraftparitätentheorie sollte hier eine Antwort bieten. Sie läßt sich in das leistungsbilanzorientierte Konzept der traditionellen Zahlungsbilanztheorie durchaus einpassen. Bei festen Wechselkursen zeigt der Leistungsbilanzsaldo ungleiche Entwicklungen der Kaufkraftparitäten an. Auf- bzw. Abwertungen werden lediglich als Elastizitätsproblem betrachtet.

Eine *eigenständige* Entwicklung einer Wechselkursstheorie dürfte durch zweierlei Einflüsse gefördert worden sein, nämlich erstens der „Entdeckung“ des Zahlungsbilanzausgleichs als ein monetäres Phänomen („theoretischer Impetus“) und zweitens dem vom Markt erzwungenen Übergang von einem System fester Wechselkurse zu einem Wechselkursfloating („empirischer Impetus“).

Die Loslösung von der Leistungsbilanzorientierung ermöglicht die Integration des Zahlungsbilanzsaldos in den monetären Bereich. Damit gewinnt der Devisenmarkt nicht nur als „Währungsmarkt“, auf dem der Wechselkurs den Relativpreis zweier Währungen widerspiegelt, sondern auch als Teilmarkt des gesamten Geldsektors an Bedeutung. Aus der modernen Geldtheorie wird der Bestandsansatz eingebracht.

Insbesondere die seit 1973 zu beobachtenden z. T. erheblichen kurzfristigen Wechselkursfluktuationen haben ein empirisches Arbeitsfeld eröffnet, dem sich die monetär orientierte Theorie seit Ende der siebziger Jahre in hohem Maße zugewandt hat. In diesen Rahmen ist die Arbeit von W. Gaab einzuordnen.

Ein in der theoretischen und empirischen Analyse bereits erprobter Rahmen (einschließlich des Instrumentariums) wird zur Analyse des *kurzfristigen* Verhaltens der Kassa- und Terminkurse der DM gegenüber \$, £,

SF, holl. Gulden im Zeitraum vom 2. 1. 1974 - 13. 2. 1979 eingesetzt. Im einzelnen greift W. Gaab dabei diejenigen Fragen auf, die in der nahezu explosionsartig zunehmenden Literatur zum kurzfristigen Wechselkursverhalten diskutiert werden (S. 6): „(i) Gibt es ein reguläres Muster im zeitlichen Verhalten der untersuchten Wechselkurse? (ii) Ist dieses in der Zeit konstant? (iii) Haben die untersuchten Devisenmärkte verfügbare Informationen effizient verarbeitet? (iv) Gibt es signifikante Anzeichen für die Existenz destabilisierender Spekulation? (v) Welche Verteilungscharakteristika weisen die Wechselkursveränderungen auf? (vi) Welche empirischen Zusammenhänge ergeben sich zwischen Kassa- und Terminkursen und den entsprechenden Zinssätzen? (vii) Ist der Terminkurs ein unverzerrter Prediktor für den zukünftigen Kassakurs?“

Aus der empirischen Darstellung der Entwicklung der vier Währungen (Kapitel 1) wird bereits geschlossen, daß die Bestimmungsfaktoren für die Wechselkursschwankungen vielfältig und komplex sind und die Devisenmärkte hektisch auf nicht antizipierte Informationen reagieren (S. 32). Etwas überraschend, wenn auch dem allgemeinen Meinungsbild entsprechend, wird aus der Beobachtung der Wechselkursentwicklung geschlossen, daß vor allem die hohe Varianz der täglichen Wechselkursveränderungen *nicht* direkt Veränderungen der fundamentalen Determinanten der Wechselkurse zuzuordnen ist und dies mit der relativ geringen Varianz der letzteren begründet. Die an diese Auslegung anknüpfbaren Fragen werden in der vorliegenden Arbeit (wie auch in weiten Teilen der neuesten Literatur zur Wechselkursbestimmung) ausgeklammert. Offen bleibt z. B.

- a) welcher Teil von Wechselkursveränderungen „fundamental“ bestimmt ist,
- b) welche Verbindungen zwischen den fundamentals und dem Wechselkurs bestehen können (sind Multiplikator-Akzelerator-Beziehungen denkbar?),
- c) mit welchen lags und leads die fundamentals und der Wechselkurs verbunden sein können,
- d) ob eine eindeutige Teilbarkeit der Wechselkursveränderungen nach ihren jeweiligen Determinanten überhaupt möglich wäre.

Der Versuch, lediglich der Frage von Überreaktionen des Wechselkurses nachzugehen, dürfte solange problematisch bleiben, wie die „Normalreaktion“ unerklärt bleibt. Es sind durchaus Hinweise vorhanden, daß das Überschießen der Wechselkurse ein Ventil für fehlende Reaktionsräume auf Güter- (und sicherlich auch Arbeits-)märkten sein könnte. Auf die erheblichen Unsicherheiten und völlig konträren Meinungen bezüglich der Begründung für Überreaktionen — z. B. zu viel Spekulation, zu wenig Spekulation, Devisenmarktinterventionen der Zentralbanken, Kapitalverkehrskontrollen, Umschichtungen in den Währungspräferenzen von Großanlegern — weist W. Gaab hin.

In Kapitel 2 werden die kurzfristigen Wechselkursveränderungen vom Blickwinkel der Theorie effizienter Märkte aus untersucht, wobei von vornherein darauf hingewiesen wird, daß eine wichtige Voraussetzung dieser Theorie — nämlich die Möglichkeit einer unmittelbaren Anpassung an vom Markt als geeignet erachtete Preise — für die Devisenmärkte auch nach der Wechselkursfreigabe nicht erfüllt sein dürfte. Bereits als eine theoretische Abschwächung der Verwendung der Theorie effizienter Märkte für den Devisenmarkt ist die in Kapitel 3 behandelte Einbeziehung von Zentralbankinterventionen sowie der destabilisierenden Spekulation zu wer-

ten: Kursglättende Interventionen der Zentralbanken und destabilisierende Aktivitäten von Spekulanten können den Devisenmarkt tendenziell ineffizienter machen, indem sie Anpassungen an ein neues Gleichgewicht verzögern, bzw. zu einem Überschießen der Wechselkurse führen können (S. 93). W. Gaab beschäftigt sich weniger mit dem grundlegenden Ansatz dieser Theorie — obwohl auch auf die neuesten Diskussionen um die Problematik der Einbeziehung von Risikoüberlegungen und Informationskosten eingegangen wird — als vielmehr mit der empirischen Überprüfung der Markteffizienz-Hypothese, wobei er im Unterschied zu anderen Autoren auf die Testproblematik sehr deutlich hinweist (S. 46/47): „Jeder Test auf Markteffizienz impliziert gleichzeitig auch einen Test der verwendeten Marktgleichgewichtshypothese. Dies impliziert, daß eine Verwerfung der Markteffizienz-Hypothese entweder darauf zurückgeführt werden kann, daß der Markt Informationen ineffizient verarbeitet und/oder darauf, daß das unterstellte Modell des Marktgleichgewichts mit der Realität nicht übereinstimmt. Wenn die Effizienz-Hypothese nicht verworfen werden kann, so bedeutet dies gleichzeitig, daß auch die Hypothese bezüglich des Marktgleichgewichts nicht abgelehnt werden kann.“

In einer umfangreichen empirischen Analyse wird in Kapitel 4 das Zeitreihenverhalten der Kassa- und Terminkurse sowie die Verteilung der Wechselkursänderungen untersucht, wobei das Random-Walk-Modell — danach sind aufeinanderfolgende Wechselkursveränderungen in effizienten Märkten voneinander unabhängig und identisch verteilt — als Nullhypothese verwendet wird. Daß W. Gaab nach einer Gegenüberstellung anderer empirischer Untersuchungen, die z. T. zu widersprüchlichen Ergebnissen gelangen, den gewählten Ansatz weiterverfolgt, führt zu einer nicht zu unterschätzenden Erkenntnis: Offenbar ist die Art des verwendeten Testverfahrens nicht ohne Einfluß auf das Testergebnis. Hierbei wird besonders deutlich, daß die mit Hilfe der Autokorrelations- und Spektralanalyse erhaltenen Ergebnisse wesentlich von der Annahme einer *endlichen* Varianz der Wechselkursveränderungen abhängen; zudem wird deren Verteilung als normal angenommen. Die empirische Analyse läßt dagegen erkennen, daß „Preisveränderungen in spekulativen Märkten nicht normal verteilt sind“ (S. 163). Allerdings besteht bei einem Übergang von einer täglichen zu einer wöchentlichen und monatlichen Grundzeitperiode eine Tendenz in Richtung Normalverteilung (S. 177).

Einerseits sieht W. Gaab in der empirischen Analyse durchaus Bestätigungen für das Random-Walk-Modell, andererseits zeigt sich, daß Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsmethode durch unrealistische Modellannahmen nicht kongruent sind. Allerdings führen nicht-parametrische Tests zu keinen signifikant anderen Ergebnissen. Die Problematik des Testinstrumentariums (Verfahren und verwendetes Gleichgewichtsmodell) wird klar herausgearbeitet. Folgerungen für das zukünftige methodologische Vorgehen wären an dieser Stelle sicher begrüßenswert.

In Kapitel 5 erweitert W. Gaab den Betrachtungsrahmen des Devisenmarktes durch Einbeziehung von Zinsarbitrage und Spekulation. Damit werden vor allem Devisenkassa- und Devisenterminmärkte miteinander verbunden. Da empirische Überprüfungen der Zinsparitätentheorie auf deren zu engen Modellrahmen hinweisen, konzentriert sich W. Gaab mehr auf die „moderne Theorie der Terminkurse“, die neben der reinen Zinsarbitrage auch die Aktivitäten von reinen Devisenspekulanten sowie von Hedgern zu

berücksichtigen vermag. Dieser Ansatz rückt u. a. auch die Frage der Wechselkurserwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Devisenkassakurses und deren Einfluß auf die Höhe des Terminkurses in den Vordergrund des Interesses. Die empirische Untersuchung zeigt dann allerdings doch, daß die Zinsarbitrageure im wesentlichen die Höhe des Terminkurses bestimmen; Restdifferenzen können größtenteils durch Transaktionskosten erklärt werden. Vor allem wirtschaftspolitisch bedeutsam ist das Ergebnis, daß der relative Einfluß der Spekulationserwartungen auf die Höhe des Terminkurses mit einer Ausnahme gering ist. Daß diese gerade den DM/Gulden-Markt — also eine feste Wechselkursbeziehung — betrifft, mag zunächst überraschen; offenbar spielen Erwartungen bei einer relativ sicheren Orientierungsmöglichkeit an feste Paritäten eine größere Rolle als bei flexiblen Wechselkursen. Ein Einfluß des Hedging auf die Höhe des Terminkurses ist so gut wie nicht nachweisbar. Diese Erkenntnisse scheinen für eine spezifische Gültigkeitsklausel der jeweiligen Theorien zu sprechen (S. 232): „Die ‚Moderne Theorie‘ liefert eine ex ante-Erklärung des Zusammenhangs zwischen der Höhe des Terminkurses einerseits und dem Zinsgefälle zwischen den betreffenden Währungen sowie der durch den Markt erwarteten Wechselkursentwicklung und dem beobachteten Kassakurs andererseits. Demgegenüber kann das Zinssatzparitätentheorem als eine ex post-Beziehung betrachtet werden, die im Gleichgewicht erfüllt ist.“ Insbesondere für die Geldpolitik ist das Ergebnis bedeutsam, daß die internationalen Devisen- und Geldmärkte — vor allem die Euro-Märkte — über die Arbitrage eng miteinander verbunden sind. Dies läßt auf eine hohe Informationseffizienz schließen. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß die Geldpolitik über die gleichzeitige Beeinflussung von Zinssätzen und Terminkurs im Extremfall internationale Kapitalbewegungen überflüssig werden läßt.

Schließlich unterzieht W. Gaab in Kapitel 6 noch die — durchaus umstrittene — Hypothese, daß der Terminkurs ein unverzerrter Prediktor für den künftigen Kassakurs sei, einer eingehenden Analyse. Eine Bestätigung würde bedeuten, daß Erwartungen durch einen direkt am Markt beobachtbaren Preis — und damit nicht durch ein Erwartungsmodell — repräsentiert werden könnten. Aus der Tatsache, daß empirische Untersuchungen eher auf eine schlechte Prognosegüte des Terminkurses hinweisen, darf jedoch weder auf die Ineffizienz der Devisenmärkte noch auf nichtrationale Erwartungen der Marktteilnehmer geschlossen werden. Auch hier zeigt W. Gaab wiederum, daß vor allem die jeweils zugrundeliegenden theoretischen Modelle sowie die verwendeten Testverfahren zu unterschiedlichen Aussagen führen. Plausibel erscheint die Erklärung, daß der Terminkurs nicht alle für eine optimale Prognose erforderlichen Informationen enthält, worauf die Existenz einer Risikoprämie hinweist. Der Grad der Vorhersagbarkeit von den Wechselkurs beeinflussenden Ereignissen ist offenbar zu gering. Indirekt wird damit das Random-Walk-Modell als gute Approximation der Wechselkursentwicklung bestätigt. Daraus folgert W. Gaab, daß Unsicherheit und Risikoverision der Marktteilnehmer Determinanten des Wechselkursgleichgewichts und der Wechselkursdynamik sind, die in theoretischen und empirischen Arbeiten nicht a priori wegdefiniert werden sollten (S. 278). Daß neue Informationen nicht nur in den Terminkursen, sondern gleichzeitig auch in den Kassakursen abdiskontiert werden, zeigt der sehr enge Zusammenhang zwischen dem zeitlichen Verlauf der Kassakurse und der Terminkurse. Der Terminkurs verliert damit weiter an Bedeutung als Prognosewert.

Die gesamten Untersuchungen rechtfertigen nach W. Gaab den vorsichtigen Schluß, daß die untersuchten Devisenmärkte einen hohen Grad an Informationseffizienz aufweisen, wobei die Informationsmenge nur auf der historischen Entwicklung der Wechselkurse basiert (Markteffizienz in der schwachen Form). Die Interpretation der Wechselkursveränderungen als Zufallsprozeß läßt sich einerseits mit der schnellen Verarbeitung neuer Informationen, andererseits mit unsicheren Erwartungen begründen, die zu häufigen Revisionen der Aktionen führen. Gelegentlich können aber auch andere „Gesetze“ dominieren, so z.B. bandwagon-Effekte in turbulenten Zeiten. Aus der Sicht einer effizienten internationalen Faktorallokation schätzt W. Gaab das gegenwärtige Wechselkurssystem mit der großen Varianz der Preisveränderungen eher skeptisch ein. Er weist allerdings zu Recht darauf hin, daß es in erster Linie darum gehe, für geringere Unsicherheiten in den Wechselkurs-erwartungen zu sorgen. Hier ist die Wirtschaftspolitik angesprochen, und zwar nicht vorwiegend als Interventions- sondern mehr als Koordinierungs-politik.

W. Gaab sieht eine Weiterentwicklung der Wechselkurstheorie vor allem in der Beschäftigung mit dem im Zusammenhang mit der Unsicherheit von Erwartungen auftretenden Problem der Risikoaversion der Marktteilnehmer. Die neuere Literatur bestätigt diesen Weg. Ohne Zweifel liegt der besondere Wert der Arbeit darin, das Bewußtsein um die Schwierigkeiten der Erklärung und Vorhersage von Preisbildungsprozessen am Beispiel des Devisenmarktes geschärft zu haben. Je nach Standpunkt werden daraus sicherlich unterschiedliche Folgerungen gezogen: Einerseits müßten wohl Testverfahren weiter verbessert und theoretische Grundlagen um weitere Einflußgrößen erweitert werden. Andererseits könnte aber gerade W. Gaabs Analyse auch Hinweise dafür geben, daß die gegenwärtig dominierenden Fragestellungen vielleicht gar nicht zu beantworten sind. Möglicherweise ist aber die Zeit für den letzteren Standpunkt noch nicht reif.

G. Heiduk, Duisburg

Maunder, Allen und Kazushi Ohkawa (Eds.): Growth and Equity in Agricultural Development. Proceedings, Eighteen International Conference of Agricultural Economists. Institute of Agricultural Economics Oxford. Gower Publishing Company Limited, Hampshire 1983. 619 S. US-Dollar 37,—.

Diese Veröffentlichung enthält die auf der 18. Konferenz der internationalen Vereinigung der Agrarökonomen vom 24. 8. bis 2. 9. 1982 in Djakarta gehaltenen Vorträge. Mit dem Thema „Growth and Equity in Agricultural Development“ hat sich die internationale Vereinigung der Agrarökonomen ein anspruchsvolles, weit gespanntes Tagungsthema gewählt, dem sie durch eine Strukturierung in sechs Arbeitsschwerpunkte bzw. Sektionen gerecht zu werden versucht. Die erste Sektion befaßt sich mit mehr allgemeinen Aspekten des Themas. Dies gilt vor allem für die generellen und international vergleichenden Ausführungen von Ranis über „Growth and equity in development: an overview“, während die übrigen Beiträge von Vyas, Ghai, van der Meer und Nazarenko sich auf einzelne Regionen (Vorderasien, Afrika) bzw. Wirtschaftssysteme (marktwirtschaftliche Länder in/Westeuropa, sozialistische Länder in Osteuropa) konzentrieren. In der zweiten Sektion werden mehr konzeptionelle, methodisch analytische Fragen behandelt. Von den sechs Referaten dieser Sektion ist insbesondere der Beitrag von Hayami mit der

zentralen Fragestellung „Growth and equity — is there a trade off?“ hervorzuheben. Die an sich ebenfalls wichtigen Beiträge über die Messung von „income distribution“ (von Bhalla und Leiseron) sowie von „poverty and equity“ (von Mangahas) befriedigen dagegen weniger. In der dritten Sektion werden neun speziellere Beiträge unter dem Schwerpunkt „Structure and patterns of agricultural growth“ abgehandelt, während sich in Sektion vier sechs Beiträge dem Problem „Equity for rural people“ widmen. In den Beiträgen dieser beiden Sektionen wird teilweise der Einfluß einzelner Bestimmungsfaktoren auf Wachstum und Verteilung herauszuarbeiten versucht, z. B. des technischen Fortschrittes (de Melo) bzw. außerbetrieblicher Erwerbsalternativen (Kada), oder es wird versucht, die Verteilungsstrukturen in einzelnen Ländern mehr umfassend zu erklären, z. B. in Finnland (Westermarck) oder in Japan (Yamada). In der fünften Sektion befassen sich sieben Beiträge vornehmlich mit den Strategien und Auswirkungen wirtschaftspolitischer Programme und Maßnahmen, u. a. ländlicher Entwicklungsprogramme (Johnston und Clark) bzw. Pachtordnungen (Peters und Maunder). Und in der sechsten Sektion werden sodann in sechs Beiträgen internationale, interregionale Aspekte des Tagungsthemas behandelt, u. a. der Einfluß der Preis- und Einkommenspolitik (Buchholz wie auch Langworth bzw. Labad und Soares) oder des Technologietransfers (Hillman und Monke) auf Wachstum und Verteilung. Dabei zeigt sich, daß von wirtschaftspolitischen Maßnahmen vergleichsweise große Verteilungseffekte ausgehen.

Insgesamt ist anzumerken, daß die strukturelle Vorgehensweise und Schwerpunktbildung dem Tagungsthema weitgehend gerecht wird, die einzelnen Beiträge aber nicht immer zweifelsfrei zugeordnet sind bzw. in einem recht unterschiedlichen Zusammenhang zu den Tagungsschwerpunkten wie auch dem Tagungsthema überhaupt stehen, so daß sie sich nur schwer zu einem systematischen und geschlossenen Gesamtbeitrag zusammenfügen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß es für eine internationale Vereinigung angesichts der zu berücksichtigenden regionalen und nationalen Belange besonders schwierig ist, eine sachgerechte Themenauswahl zu treffen bzw. das Thema sachgerecht zu gestalten. Allerdings hat man offensichtlich versäumt, näher zu präzisieren, was überhaupt unter „growth“ und insbesondere unter „equity“ analysiert werden sollte: denn wie G. L. Johnston am Ende der Tagung in seinen „Synoptic view“ u. a. feststellen mußte, wurde von den meisten Tagungsteilnehmern „equity“ als „equality“ interpretiert.

Der Wert dieses Tagungsbandes besteht vor allem darin, daß in einer Reihe von Beiträgen unter sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen bzw. für unterschiedliche Entwicklungsniveaus interessante Aspekte aufgezeigt und Erkenntnisse vermittelt werden, wobei die große Komplexität der Zusammenhänge zwischen Wachstum und Verteilung besonders deutlich wird. Gewisse Schwierigkeiten bereitet es, eine generelle Aussage über den vorliegenden Tagungsband zu treffen, wenngleich festzustellen ist, daß die Frage: Ob und inwieweit zwischen Wachstum und Verteilung ein „trade off“ besteht, im Mittelpunkt der Ausführungen steht und sich auch wie ein Leitfaden durch den Tagungsband zieht. Diese Frage wurde zwar nicht einheitlich beantwortet. Weitgehende Einigkeit wurde aber darüber erzielt, daß auch dann, wenn technischer Fortschritt die Verteilung negativ tangiert, nicht auf ihn verzichtet werden sollte, weil Wachstum vielfach erst die Voraussetzung zur Realisierung von Verteilungszielen schafft.

A. Henze, Stuttgart (Hohenheim)

Fahrmeir, L. und A. Hamerle (Hrsg.): *Multivariate Statistische Verfahren*. Walter de Gruyter, Berlin, New York 1984.

Multivariate statistische Verfahren sind in den vergangenen Jahren zunehmend auch im Bereich der Wirtschaftswissenschaften angewendet worden. Der Frage der Methodenauswahl wird dabei meist wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Das Buch von Fahrmeir, Hamerle u. a. schließt insofern eine bestehende Lücke. Es ist sowohl als Lehrbuch für Studenten wie auch als Nachschlagewerk für Fachleute gedacht. Die Autoren behandeln alle wichtigen multivariaten Modelle für metrische und für qualitative Variablen. Dabei werden zu Beginn eines jeden Kapitels die Problemstellung, die alternativen Lösungsmöglichkeiten und die Unterschiede zu den zuvor behandelten Modellen erörtert, so daß auch der Anfänger auf diesem Arbeitsgebiet trotz der Vielzahl der behandelten Modelle und Methoden den Überblick behält. Das Buch erlaubt es dem Nur-Anwender, die theoretischen Teile zunächst zu übergehen und sich die Verfahren von Anwendungsbeispielen her zu erschließen. Es ist ein Vorteil des Buches, daß einerseits die Anwendung und die numerischen Probleme nicht vernachlässigt und andererseits auch die zugrundeliegenden Annahmen (die Theorie) grundsätzlich dargestellt werden.

Im folgenden sollen die Inhalte der wichtigsten Kapitel kurz charakterisiert werden:

In den Kapiteln 2 und 3 werden einige mehrdimensionale Verteilungen (z. B. multivariate Normalverteilung, Multinomial- und Wishart-Verteilung), die wichtigsten Schätz- und Testprinzipien und deren Eigenschaften (Suffizienz, Effizienz, Erwartungstreue) sowie einige Optimierungsverfahren (Methode des steilsten Anstiegs, Newton- und Quasi-Newton-Verfahren, Scoring-Verfahren) kurz und klar dargestellt.

In Kapitel 4 werden auf ca. 70 Seiten die Probleme der Regressionsanalyse einschließlich wichtiger Beweise behandelt. Gegenüber Textbüchern der Ökonometrie fallen folgende Unterschiede auf: 1. Die Modelle mit deterministischen und stochastischen Regressoren werden bezüglich ihrer Eigenschaften sorgfältig miteinander verglichen (allerdings unter Vernachlässigung von Lagverteilungsmodellen und interdependenten Modellen). 2. Es werden alternative numerische Verfahren zur Lösung der Normalgleichungen vorgestellt. 3. Durch eine kurze Darstellung von verzerrten Schätzern (Ridge- und Steinschätzer) und von robusten Schätzern wird eine wichtige neuere Entwicklung berücksichtigt. 4. Der multivariaten linearen Regression wird ebenso wie der nichtlinearen Regression eine größere Aufmerksamkeit geschenkt. 5. Allerdings werden Tests auf Heteroskedastizität, auf Autokorrelation usw. nur erwähnt. Dies ist vom Ansatz des Buches her vertretbar, der das multivariate Regressionsmodell vor allem als Bezugspunkt für andere Modelle benutzt.

Diesem Ansatz entsprechend werden in Kapitel 5 die ein- und zweifaktorielle Varianzanalyse sowie die Kovarianzanalyse als Regressionsmodelle mit erklärenden „Dummy-Variablen“ dargestellt. Dabei werden die Modelle mit festen und zufälligen Effekten (d. h. mit konstanten bzw. stochastischen Parametern der Dummy-Variablen) unterschieden.

In Kapitel 6 werden als weitere Spezialisierungen das univariate und multivariate Regressionsmodell mit kategorialen *abhängigen* Variablen betrach-

tet. Ausgangspunkt ist der Fall einer binären abhängigen Variablen (0,1-Variablen). Die Autoren zeigen, wie sich aus diesem Modell durch Annahme bestimmter Response-Funktionen einige in der Literatur häufig behandelte Spezialfälle wie z. B. das Logitmodell und das Probitmodell ergeben. Daneben werden die speziellen Schätzprobleme behandelt und Anwendungsbeispiele gegeben.

In Kapitel 7 werden die Modelle der Kapitel 4-6 durch die Klasse der verallgemeinerten linearen Modelle beschrieben. Die Modelle der Kapitel 4-6 ergeben sich aus dieser Klasse von Modellen durch spezifische Annahmen über die Verteilung der abhängigen Variablen und eine zugehörige spezifische Response-Funktion. Bei einer Normalverteilung der abhängigen Variablen erhält man das Regressionsmodell bzw. das Modell der Varianzanalyse, bei einer Binomialverteilung ergibt sich z. B. die Logit- oder Probitanalyse, bei einer Multinomialverteilung z. B. die multivariate Logitanalyse. Für das verallgemeinerte lineare Modell werden die Schätzmethoden, ihre Eigenschaften und die Methoden zur Modellüberprüfung behandelt.

In Kapitel 8 über Diskriminanzanalyse werden zunächst die Problemstellung und die wichtigsten Entscheidungsregeln (Bayes-, Maximum-Likelihood und kostenoptimale Regel) sowie deren Schätzung behandelt. Danach wird die Diskriminanzanalyse für die Fälle 1. multivariat-normalverteilte, 2. kategoriale und 3. metrisch *und* kategoriale Merkmale erörtert. Es werden dabei die Unterschiede in der Parametrisierung sowie die Schätzung der Diskriminanzfunktion und Kriterien für die Trennstärke und die Variablen-selektion herausgearbeitet. Wie auch in den anderen Kapiteln werden die Methoden anhand von Beispielen verdeutlicht. Schließlich werden noch Diskriminanzanalysen ohne Annahmen über die Wahrscheinlichkeitsverteilung erörtert.

Die Behandlung der Clusteranalyse (Kapitel 9) beginnt mit einer Darstellung von Ähnlichkeits- und Distanzmaßen für nominale, ordinale und quantitative Merkmale. Es folgt eine Darstellung der hierarchischen Klassifikation (schrittweises Aufteilen oder Zusammenfügen von Elementen), der Gütemaße und der zugehörigen Bestimmung einer optimalen Partitionierung. Schließlich werden Klassifikationsverfahren für den Fall erörtert, daß entweder die beobachteten Merkmalswerte Realisationen von Zufallsvariablen bei klassenweise verschiedener Verteilung sind *oder* überhaupt keine Verteilungsannahme getroffen wird. Insgesamt wird deutlich, wie sich die Verfahren durch Variation der Annahmen bezüglich des Gütekriteriums bzw. der unterstellten Verteilung ändern.

In Kapitel 10 werden zunächst die loglinearen Modelle zur Analyse von zwei-, drei- und höher dimensional Merkmalen und die dabei möglichen Unabhängigkeitsannahmen dargestellt. Es werden der Zusammenhang zur Klasse verallgemeinerter linearer Modelle (Kapitel 7) aufgezeigt, ML-Schätzungen sowie Tests des Modells und Verfahren der Modellauswahl erörtert. Schließlich werden u. a. die Beziehungen zu Logit-Modellen und Modellen mit unvollständigen Kontingenztafeln behandelt.

In Kapitel 11 wird die Faktoranalyse dargestellt. Dabei werden die Identifizierbarkeit der Modellparameter und die Parameterschätzung nach Lawley (ML-Methode) und nach der Hauptkomponentenanalyse erörtert. Neben weiteren Methoden wie z. B. der Zentroidmethode und der kanonischen Fak-

torenanalyse wird schließlich der Zusammenhang zwischen Faktorenanalyse und „Latent Structure“-Analyse behandelt.

Das letzte Kapitel über mehrdimensionale Skalierung (MDS) behandelt die Ziele, Voraussetzungen und insbesondere die meßtheoretische Fundierung der MDS ebenso wie verschiedene Methoden der Datenerhebung sowie die metrische und die nichtmetrische MDS. Es folgt schließlich ein Anhang zur Matrix-Algebra.

Zusammenfassend kann das Buch wohl als das deutschsprachige Standardwerk über multivariate Verfahren bezeichnet werden. Dieses Buch gehört zum Handwerkszeug eines jeden, der sich multivariater statistischer Verfahren bedient. Es bleibt zu hoffen, daß dadurch in empirischen Arbeiten die Frage der Auswahl einer geeigneten Methode stärkere Berücksichtigung findet und die Vielzahl neuerer Methoden häufiger angewendet wird. Das Buch kann auch denjenigen empfohlen werden, die in der Praxis nach Lösungswegen für die Auswertung vorhandener Daten suchen. Die Anforderungen an den Leser sind allerdings nicht unerheblich. Derjenige Wirtschaftswissenschaftler, der sich statistische Kenntnisse über das Grundstudium hinaus angeeignet hat, wird das Buch aber mit erheblichem Gewinn nutzen können.

G. Hansen, Kiel

Pfeiffer, Rolf und Helmut Lindner (Hrsg.): Systemtheorie und Kybernetik in Wirtschaft und Verwaltung. Beiträge zur Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialkybernetik 1981 (Wirtschaftskybernetik und Systemanalyse, Bd. 8, hrsg. von Jörg Baetge, Heribert Meffert, Karl-Ernst Schenk). Duncker & Humblot, Berlin 1982. XI, 400 S. DM 78,—.

Die Kybernetik befaßt sich mit der Informationsverarbeitung dynamischer Systeme und mit deren Steuerung und Regelung. Den Einfluß, den diese ursprünglich für die Ingenieurwissenschaften entwickelten Verfahren in der Betriebswirtschaftslehre für die Erklärung realer Systeme gefunden haben, verdeutlicht der vorliegende Tagungsband der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialkybernetik. Namhafte Wissenschaftler und Praktiker befaßten sich auf der Jahrestagung 1981 der Gesellschaft in Reutlingen in 4 Arbeitskreisen mit „Systemanalyse und Simulationstechnik im Betrieb“, mit „Systemtheoretischen Ansätzen“, mit „Betrieblichen Regelungsmodellen“ und „Gesamtwirtschaftlichen Prozessen“.

In einem einleitenden Vortrag erläutert der Harvard-Professor *Karl W. Deutsch* den Übergang von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft.

Der Beitrag ist ein sehr lesenswerter Überblick über den Einfluß der ständig wachsenden Informationsflut auf die Lernfähigkeit, den Wissensstand und die Verarbeitungsfähigkeit des Menschen. Die zweite Plenumsrede von *Adolf Adam* beschäftigt sich mit den „Ansätzen zu einer soziotechnischen Systemtheorie“.

Im ersten Arbeitskreis ‚Systemanalyse und Simulationstechnik‘ werden die Umsetzbarkeit der systemtheoretischen Modelle in die Praxis erörtert. *Herman Krallmann* und *Bodo Rieger* befassen sich mit den Akzeptanzproblemen der Mitarbeiter eines Unternehmens gegenüber computergestützten, wirt-

schafts-kybernetischen Modellen; *Friedrich Holl* und *Helmut Peschke* mit dem Einfluß der EDV- und Kommunikationsentwicklung auf das Büro der Zukunft. *Olaf Kleine* stellt ein Modell vor, welches für die indische Regierung entwickelt wurde, um die Wirtschaftsentwicklung, den künftigen Stahlbedarf und die Produktivität der Stahlbranche zu prognostizieren. *Peter Pastors* plädiert für eine, wieder mehr an den Anforderungen der Praxis orientierte Modellentwicklung.

Der zweite Arbeitskreis ‚Systemtheoretische Ansätze‘ beschäftigte sich mit systemtheoretischen Ansätzen zur Verhaltensklärung ökonomischer Systeme (*Johann Jirasek*), der Diskussion der Beziehung zwischen Ökologie und Wachstum (*Dieter Koreimann*), dem Zusammenhang zwischen Koordination und Informationsübermittlung (*Fred Malik*) und systemtheoretischen Ansätzen im Gesundheitswesen (*Gilbert Probst/Bernhard Güntert*).

Der dritte Arbeitskreis befaßte sich mit betrieblichen Regelungsmodellen. *Manfred Köhne* entwickelt ein Regelungsmodell, welches den Lagerbestand und die Nachfrage qualitätsabhängiger Produkte schätzt. *Hanz Czap* beschäftigt sich mit der simultanen Planung von Produktionsprogramm und Maschinenbelegung. Während *Bernd Schiemenz* den Zentralisationsgrad in Unternehmungen aus kybernetischer Sicht untersucht, stellt *Christian Scholz* ein auf dem Return On Investment-System basierendes weiterentwickeltes Kennzahlensystem zur Beurteilung der Unternehmung vor. *Thomas Fischer* versucht in seinem Beitrag, die verschiedenen Regelungsmodelle, die als Partialmodelle einzelne Bereiche des Unternehmens untersuchen, in ein Partialmodell zur Unternehmensplanung zu integrieren.

Der vierte Arbeitskreis diskutierte die Anwendung der Kybernetik auf gesamtwirtschaftliche Prozesse. *Gotz Uebe* beschreibt die Entwicklung des Deutschen Reiches in der Zeit von 1871 - 1913 durch ein ökonomisches Modell. *Alfons Steiner* kommt in seinem Beitrag zu dem Ergebnis, daß nur eine Kombination von angebots- und nachfrageorientierten Konjunkturprogrammen die Arbeitslosigkeit abbauen kann. Kosten-Nutzen-Analysen der Bundesverkehrswegeplanung stehen im Mittelpunkt des Beitrags von *Fritz Heinrichsdorf*. Probleme beim Aufbau und der Simulation von Strukturentwicklungsmodellen diskutiert *Jürgen Kopf*. Im letzten Beitrag des Buches beschreibt *Reinhard Tietz* Verhandlungsprozesse anhand ihrer Einflußfaktoren.

Dieser Tagungsband gibt dem Leser einen umfangreichen Einblick in die neuere systemtheoretische Forschung. Das Verständnis für die teilweise sehr anspruchsvollen Beiträge wird durch die zahlreichen Abbildungen erhöht. Der Tagungsband ist geeignet, bei dem Leser Interesse für die Kybernetik zu wecken und dem wissenschaftlich Interessierten Anregungen zu geben, das systemtheoretische Instrumentarium auch auf von ihm untersuchte Fragestellungen anzuwenden.

M. Fröhlich, Münster

Zacher, Hans F. (Hrsg.): Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung von Sozialversicherung — Colloquium der Projektgruppe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht der Max-Planck-Gesellschaft (Schriftenreihe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht, Bd. 3). Duncker & Humblot, Berlin 1979. 428. S. DM 118,—.

Köhler, Peter A. und Hans F. Zacher (Hrsg.): Ein Jahrhundert Sozialversicherung in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz (Schriftenreihe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht, Bd. 6). Duncker & Humblot, Berlin 1981. 871 S. DM 168,—.

Köhler, Peter A. und Hans F. Zacher (Hrsg.): Beiträge zu Geschichte und aktueller Situation der Sozialversicherung — Colloquium des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht (Schriftenreihe für Internationales und Vergleichendes Sozialrecht, Bd. 8). Duncker & Humblot, Berlin 1983. 737 S. DM 156,—.

Ritter, Gerhard A.: Sozialversicherung in Deutschland und England — Entstehung und Grundzüge im Vergleich (Arbeitsbücher: Sozialgeschichte und soziale Bewegung). C. H. Beck, München 1983. 188 S. DM 28,—.

Am 17. November 1981 jährte sich zum einhundertsten Male der Tag, an dem im Deutschen Reichstag die sog. „Kaiserliche Botschaft“ verlesen wurde, mit der (nochmals) die Sozialversicherungsgesetzgebung im Deutschen Reich angekündigt wurde, die dann in den Folgejahren stufenweise realisiert wurde (1883 Krankenversicherung, 1884 Unfallversicherung und 1889 Invaliditäts- und Altersversicherung).

Die deutsche Sozialversicherungs-Gesetzgebung prägte sozialpolitisches Handeln in Deutschland bis zur Gegenwart. Bereits diese Tatsache ist Begründung genug, um Entstehung und weitere Entwicklung der Sozialversicherung in Deutschland selbst näher zu analysieren, aber auch den Blick auf andere Länder zu lenken, die zum Teil unter ähnlichen Bedingungen auch ähnliche Antworten für die Bewältigung bestimmter sozialer Probleme wählten, zum Teil aber andere Wege gingen.

Angeichts des Tatbestandes, daß die Geschichte der Sozialversicherung noch vergleichsweise wenig erforscht ist, konnte ein Forschungsvorhaben, das dem ersten Jahrhundert der Geschichte der Sozialversicherung und der Bismarckschen Sozialgesetzgebung „im europäischen Vergleich“ gewidmet war, mit Recht Aufmerksamkeit beanspruchen. Dieses Vorhaben wurde maßgeblich von *Zacher* und seiner Münchner Projektgruppe für internationales und vergleichendes Sozialrecht (die inzwischen ein Institut der Max-Planck-Gesellschaft wurde) initiiert und geleitet. Es handelt sich um ein Projekt von beträchtlichen Ausmaßen, da es in ungewöhnlicher thematischer und sachlicher Breite die Entstehung der Sozialversicherungsgesetzgebung und ihre weitere Entwicklung bis zur Gegenwart in interdisziplinärer und international orientierter Darstellung analysieren und dokumentieren sollte. Das Ergebnis dieses dreistufigen Projektes liegt inzwischen auf rd. 2 000 Druckseiten in drei gewichtigen Bänden vor¹. Angesichts der Fülle des in den

¹ In thematischem Zusammenhang damit stand auch ein Colloquium, das der Bedeutung der (Sozialversicherungs-)Beiträge gewidmet war. Siehe *Hans F. Zacher* (Hrsg.), Die Rolle des Beitrags in der sozialen Sicherung. Duncker & Humblot, Berlin - München 1981, sowie meine Besprechung dazu in dieser Zeitschrift: 103. Jg. (1983), S. 392 - 394.

Bänden ausgebreiteten Materials kann hier nur auf Schwerpunkte der Veröffentlichungen sowie auf ihren Zusammenhang hingewiesen werden.

Die erste Stufe bestand gewissermaßen in einer breit angelegten Sammlung von Beiträgen, die sich den Bedingungen für die Entstehung und weitere Entwicklung der Sozialversicherung in verschiedenen Ländern widmeten (Zacher (Hrsg.), Bedingungen . . .). Wirtschafts- und Sozialhistoriker, Soziologen, Sozialpolitiker sowie Referenten, die sich rechtsgeschichtlichen Fragen widmeten, gaben einen Einblick in den Stand der Forschung in ihren Bereichen. Ergänzende Hinweise und Kommentare finden sich jeweils in Berichten über die im Anschluß an die Referate geführte Diskussion. Neben Beiträgen, die sich speziell mit der Situation in einzelnen Ländern befaßten (so vom *Kaim-Caudle* und *Ogus* für Großbritannien, *Sandulli* für Italien, *Lenoir* für Frankreich) waren die meisten Referate allgemeiner angelegt (*Wolfram Fischer*, *Erich Gruner*, vor allem der material- und umfangreiche, empirisch orientierte Überblicksbeitrag von *Jens Alber*, sowie speziell aus juristischer Sicht die Beiträge von *Benöhr* und *Stolleis*). Dem Zusammenhang zwischen Privat- und Sozialversicherung war ein Referat von *Maurer* gewidmet. Auf der Basis dieser tour d'horizon enthält der Band sodann den Versuch eines vorläufigen Fazits in Form eines instruktiven, tief gegliederten „Zwischenberichts“ von *Köhler*.

Die zweite Stufe des Gesamtprojektes stellen „Länderberichte“ dar, die auch die Basis für einen Sozialrechtsvergleich geben sollten. Sie wurden — mit einer Ausnahme (*D. Zöllner*) — von Juristen verfaßt. Diese Länderberichte (veröffentlicht in: *Köhler* und *Zacher* (Hrsg.), *Ein Jahrhundert . . .*) sind eine Fundgrube für jeden, der an der Sozialgeschichte und der Sozialpolitik interessiert ist. Dieser Band wird durch den Versuch einer vergleichenden Darstellung, verfaßt von den beiden Herausgebern (*Köhler* und *Zacher*) eingeleitet.

Der Beitrag über Deutschland — von *Detlef Zöllner* — dokumentiert nicht nur — was auch für andere Länder gilt — die stufenweise Ausweitung des Systems hinsichtlich des einbezogenen Personenkreises, der abzudeckenden „Risiken“, von Leistungsarten und Leistungsniveau, sondern macht auch das hohe Maß an Kontinuität in der Entwicklung der deutschen Sozialversicherung deutlich, die das Kaiserreich, die Weimarer Republik, die Zeit des Nationalsozialismus bis hin in die Gegenwart der Bundesrepublik durchzieht. „Die rechtliche Ausformung dieser Grundstrukturen hat . . . eine Flexibilität bewiesen, die dem System hinreichende Reagibilität verliehen, immer wieder Anpassungen und Weiterentwicklungen ermöglicht hat und wohl auch weiterhin ermöglichen wird“ (*Zöllner*, in: *Köhler* und *Zacher* (Hrsg.), *Ein Jahrhundert . . .*, S. 178).

Zöllners Arbeit stellt (auf rd. 180 Seiten) eine übersichtlich gegliederte und gut lesbare Geschichte der Sozialversicherungsgesetzgebung in Deutschland dar, in der die Entwicklungslinien und wichtigen Ereignisse in knappen Zügen herausgearbeitet werden. Es ist (wohl bewußt) kein historisches Quellenwerk (eine wertvolle Ergänzung in dieser Hinsicht liefert für die Zeit bis 1914 das Buch von *Ritter*, s. unten); der Autor beschränkt sich auf die Angabe vergleichsweise weniger wichtiger Veröffentlichungen.

Ein Punkt sei jedoch erwähnt, da er für den bisherigen Stand der Beschäftigung mit der Geschichte der Sozialpolitik (auch der Sozialversicherung) in Deutschland charakteristisch zu sein scheint: Die *Zeit des National-*

sozialismus findet vergleichsweise geringe Beachtung. Auch Zöllner widmet dieser Phase nur $5\frac{1}{2}$ seiner rd. 180 Seiten. Begründet dürfte dies vor allem aus Sicht der Autoren durch das erwähnte hohe Maß an Kontinuität des Sozialversicherungsrechts sein. Dennoch scheint es mir an der Zeit zu sein, den unterschiedlichen, widerstreitenden Tendenzen und Strömungen größere Aufmerksamkeit zu widmen, auf der Basis des jeweiligen Quellenmaterials. Auch die Dokumentation von Aussagen solcher Personen, die an damaligen Diskussionen aktiv beteiligt waren, könnte eine interessante Materialgrundlage sein. (Zöllner erwähnt — an einer Stelle — eine Einschätzung auf der Basis von Gesprächen mit früheren Beamten des Reichsarbeitsministeriums.)

Die Darstellungen für die übrigen — in das Projekt einbezogenen — Länder stammen von *Saint-Jours* (Frankreich), *Ogus* (Großbritannien), *Hofmeister* (Österreich) und *Maurer* (Schweiz).

Die *dritte Stufe* des Projektes stellte das 1981 in Berlin durchgeführte „Jubiläums-Colloquium“ dar, bei dem insbesondere der vergleichende Aspekt in den Vordergrund gerückt wurde. Zum einen wurde die Ausgangssituation, z. B. in Deutschland und Großbritannien verglichen (*Gerhard A. Ritter*). In diesem Referat fanden die politischen Aspekte, Einfluß von Bürokratie, Parteien, Veränderungen usw., besonders starke Beachtung. Es ist zu begrüßen, daß dieses interessante Referat Grundlage für eine erweiterte und vertiefte Darstellung wurde.

Ritter legte kürzlich eine breiter angelegte und vorzüglich (durch eine Fülle von Anmerkungen und Quellenhinweisen) dokumentierte Studie vor, in der aufgezeigt wurde, daß für die Entwicklung der Sozialversicherung — allgemeiner die staatliche Sozialgesetzgebung — nicht allein ein bestimmtes Stadium der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Bedeutung war, sondern daß auch die Eigenart bestimmter Rahmenbedingungen — wie der Ausprägung des Verfassungssystems, der jeweilig herrschenden Konstellationen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kräfte, der Stellung und Ausprägung der staatlichen Bürokratie — eine Rolle spielte. Grundentscheidungen, die in Großbritannien und in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts, Anfang des 20. Jahrhunderts getroffen wurden, prägen die Sozialpolitik noch heute, allerdings in Deutschland in weitaus stärkerem Maße als in Großbritannien, wo der in erster Linie auf die Armutsbekämpfung ausgerichtete Ansatz lange Zeit dominierend für die Sozialgesetzgebung blieb. Erst in jüngster Zeit sind dort Entscheidungen getroffen worden, durch die in stärkerem Maße, abweichend von dem ursprünglichen System, eine Ausgestaltung in Annäherung an die Sozialversicherung im deutschen Sinne erfolgte. Ähnliches findet sich ja auch in anderen Ländern, die Systeme einer Staatsbürger-Grundversorgung wählten (wie z. B. skandinavische Länder).

Gleichfalls dem Zeitraum bis 1914 ist im Tagungsband ein Beitrag von Rimlinger gewidmet. Eine relativ kurze Skizze über die Entwicklung zwischen den Weltkriegen stammt von Nef. Einen sehr informativen Überblick über die Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg gibt *Hockerts*, über Gegenwarts- und Zukunftsprobleme *Kaim-Caudle*. Ergänzend hierzu (und auch zu ihren Landesberichten) nahmen die vier Landes-Berichterstatter nochmals kurz Stellung.

Der zweite große Teil des Colloquiums war einer anderen Art der vergleichenden Darstellung gewidmet, wobei nicht nach bestimmten Zeitperioden und Ländern gegliedert wurde, sondern nach „sozialen Tatbeständen“. Ver-

glichen wurden Entwicklungen im Zusammenhang mit „Krankheit und Mutterschaft“ (*Krasney*), Invalidität und Unfall (*Kunst*), Alter und Tod (*von Maydell*) sowie Arbeitslosigkeit (*Sinfield*).

Nicht nur an diesem Teil, sondern allgemein in den Bänden, fällt die unterschiedliche Darstellungsweise auf, je nach der Disziplin, der die Autoren angehören. Unterschiede zwischen Juristen und Historikern/Soziologen sind deutlich. Recht wenig behandelt wird allgemein in den Veröffentlichungen des — allerdings weitgehend rechtsvergleichend konzipierten — Projekts die mikro- und makroökonomische Bedeutung der Sozialversicherung. Angesichts der wachsenden wirtschaftswissenschaftlichen Beschäftigung mit Fragen der Sozialversicherung ist das weitgehende Aussparen ökonomischer Analysen bedauerlich. Wie wohl kaum anders möglich, besteht das Interdisziplinäre vor allem in nebeneinander stehenden Darstellungen von Autoren unterschiedlicher Disziplinen. Allerdings liefern die Bände auch für eine integrierend konzipierte Darstellung mannigfache Anregungen.

Neben Referaten zur Bedeutung der Sozialversicherung im Rahmen der europäischen Gemeinschaften (*Draperie*) und des Europarats (*Wiebringhaus*) sowie zur Entwicklung der Sozialversicherung im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (*Tamburi*) wurden vier Referate zur Rolle der Sozialversicherung in Entwicklungsländern gehalten. Auf sie sei noch besonders hingewiesen. Einen allgemeinen Überblick legte *Zöllner* vor. Gewissermaßen „Fallstudien“ ergänzen dies, bezogen auf Sambia (*Mulozi*), Indien (*Ambo*) und Costa Rica (*Brenes*). Es dürfte reizvoll sein, die heutige Situation in manchen der sich entwickelnden Länder mit der europäischen Situation etwa um die Jahrhundertwende zu vergleichen, so z. B. im Hinblick auf solche immer noch sehr kontrovers diskutierten Fragen wie nach den Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen Sozialversicherung und Familien- und Haushaltsstruktur bzw. den Einflüssen der Sozialversicherung auf die Ersparnis- und Kapitalbildung. Die anlässlich des Colloquiums (generell) geringe Diskussionszeit ließ eine Vertiefung beispielsweise solcher Fragen nicht zu.

Auch wenn sicherlich nicht unmittelbar aus der Geschichte gelernt wird, so vermittelt ihre Kenntnis doch in vieler Hinsicht ein tieferes Verständnis für bestimmte Regelungen und läßt erkennen, daß viele Grundfragen immer wieder diskutiert werden (zum Teil auch mit gleichen Argumenten), daß bestimmte Forderungen immer wiederkehren. Insofern ist Geschichte höchst aktuell. Als Beispiel sei u. a. verwiesen auf die Frage, ob Sozialversicherung die Aufgabe der Armutsvermeidung habe. M. E. mit Recht schreiben hierzu *Köhler* und *Zacher* (in: dies. (Hrsg.), Ein Jahrhundert . . ., S. 40): „... *Beitragspflichten* (setzen) die Fähigkeiten voraus, Beiträge leisten zu können. Diese ‚*Vorsorgefähigkeit*‘ war von vornherein eine der wesentlichen Implikationen der Sozialversicherung. Sozialversicherung ist so von vornherein kein Instrument zur sozialen ‚Absorption‘ von Armut. Sozialversicherung kann Armut bei Personen verhindern, die schon einmal ‚nicht-arm‘ waren. Sie kann aber Arme nicht über die Armut hinausheben.“

Aktuell mutet beispielsweise auch der Hinweis von *Ritter* an (Sozialversicherung . . ., S. 67), daß die „... durch die Sozialversicherung bereitgestellten Daten die Kenntnisse der Medizin über die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage, Beruf und Krankheit erweitert und wesentlich zum Ausbau der Sozialmedizin, der medizinischen Statistik und besonders der sozialen Hygiene . . . beigetragen (haben)“. Auch die Rolle, die insbesondere einzelne

Personen bei der Durchsetzung bestimmter Ideen spielten (herausragende Beispiele Bismark und Adenauer) — das in modelltheoretischen Analysen meist unterbelichtete „personale Element“ —, lassen historisch orientierte Darstellungen deutlich werden .

Die hier angezeigten Arbeiten stellen insgesamt betrachtet eine wichtige Quelle für ein vertieftes Verständnis der sozialpolitischen Entwicklung in Deutschland und einigen anderen westeuropäischen Ländern dar und bieten zugleich eine reichhaltige Fundgrube zur Analyse spezieller Fragestellungen. Eine m. E. immer noch zu schreibende „Geschichte der Sozialpolitik“ könnte maßgeblich auf diesen Arbeiten aufbauen.

Das Jubiläum, das Anlaß für die Veröffentlichung dieser Bände war, hat darüber hinaus zu einer Vielzahl von Arbeiten zur Entwicklung der deutschen Sozialversicherung bzw. einzelner ihrer Zweige geführt. Das Objekt war und ist der Analyse lohnend. „Sozialversicherungen sind Errungenschaften der modernen Welt, vielleicht die letzte große nach der *Demokratie* und dem *Rechtsstaat*“².

W. Schmähel, Berlin

Hertz-Eichenrode, Dieter: Wirtschaftskrise und Arbeitsbeschaffung. Konjunkturpolitik 1925/26 und die Grundlagen der Krisenpolitik Brüning's. Campus, Frankfurt 1982. 320 S. DM 44,—.

Wenige Jahre nach dem Buch von Fritz Blauch (Die Wirtschaftskrise 1925/26 und die Reichsregierung. Von der Erwerbslosenfürsorge zur Konjunkturpolitik, Kallmünz 1977) liegt nunmehr eine zweite neuere historische Studie zur Wirtschaftskrise 1925/26 und der damals von der Reichsregierung eingeleiteten antizyklischen Wirtschaftspolitik vor. Während Blauch stärker auf die Ursachen dieser rein deutschen Krise und die Steuererleichterungen zu ihrer Bekämpfung eingeht, verzichtet H.-E. auf eine Ursachenanalyse und widmet unter den konjunkturpolitischen Maßnahmen gerade auch den Arbeitsbeschaffungsprogrammen große Aufmerksamkeit.

Die Hauptthese des Buches lautet: Der Marsch ins Defizit, das 1929 die Handlungsfähigkeit der parlamentarischen Regierung unter Hermann Müller stark beeinträchtigte und im März 1930 zur Übergabe der Regierungsgeschäfte an Brüning und damit zur Deflationspolitik per Notverordnungen führte, habe mit den antizyklischen Maßnahmen von 1926 begonnen. Brüning's Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise sei „überschattet gewesen von dem Zwang, die finanziellen Folgen der Krisenbekämpfung von 1926 liquidieren zu müssen“ (S. 93). Brüning, schon 1926 mit dem finanzpolitischen Kurs der Regierung nicht einverstanden (S. 239), habe aus den Erfahrungen mit der Krise von 1926 die Erkenntnis gewonnen, daß die Belebung der Konjunktur mit der Zerrüttung der Reichsfinanzen zu teuer bezahlt worden sei (S. 113).

Dies erinnert an Argumente, die seit den 1970er Jahren in der Diskussion um den Nutzen keynesianischer Wirtschaftspolitik auftauchten. Daß man sie mit den deutschen Erfahrungen in der Weimarer Zeit stützen kann, erscheint mir jedoch zweifelhaft. In fast alle Bereiche der Politik spielte damals die Reparationsfrage hinein, ein Problem, das der Bundesrepublik fremd ist.

² *Michael Stolleis*, Sozialversicherung und Interventionsstaat 1881 - 1981. 100 Jahre Deutsche Sozialversicherung (Schriftenreihe des Deutschen Sozialgerichtsverbandes, Bd. XII). Wiesbaden 1982, 78.

In Zusammenhang mit der Stabilisierung der deutschen Währung 1923/24 akzeptierte das Deutsche Reich die Forderung der Reparationsglaubiger nach drakonischen fiskal-(und kredit-)politischen Maßnahmen. Sie lösten im Frühjahr 1924 eine Stabilisierungskrise aus, verhinderten aber eine schnelle konjunkturelle Erholung nicht, die im Sommer 1925 sogar zur Vollbeschäftigung führte. Im Reichshaushalt hatten sich erstaunlich hohe Überschüsse akkumuliert, die erwarten ließen, daß das Reich die bis 1929 auf ihre volle Höhe ansteigenden Dawesplan-Annuitäten würde aufbringen können. Bereits 1925 war die Regierung den Wünschen der Wirtschaft nach umfangreichen Steuererleichterungen entgegengekommen. Die Wirtschaftskrise 1925/26 bot Gelegenheit, die unter Reparationsgesichtspunkten unbequemen Haushaltsüberschüsse weiter abzubauen. Der 38jahrige, der Industrie nahestehende Finanzminister Reinhold, der Motor hinter der Steuerenkungsaktion von 1926, bekannte sich zu einer Politik „hart am Rande des Defizits“ (S. 102) und meinte, „in diesen Kassenreserven liege an sich eine große außenpolitische Gefahr“, deshalb sei es besser, sie bald zu verbrauchen (S. 221). Außenminister Stresemann gab sogar zu bedenken, „ob es nicht angebracht sei, einen Etat mit einem Fehlbetrag abzuschließen“, weil dann die übertriebenen Vorstellungen von Deutschlands reparationspolitischer Leistungsfähigkeit widerlegt werden könnten (S. 100 f.).

Der Abbau der Reparationen war das große nationale Ziel, das von den unterschiedlichsten Parteien, Interessenverbänden und Institutionen (z. B. der Reichsbank) verfolgt wurde, wenngleich oft in rivalisierender Weise. Daß Reichshaushaltsberschusse die Verwirklichung dieses Ziels gefährdeten konnten, scheint die tiefere Ursache dafür gewesen zu sein, daß 1926 die Wiederankurbelung der Wirtschaft durch Steuererleichterungen und Arbeitsbeschaffungsprogramme nur wenig Widerstand fand. Als im Gegensatz dazu während der Regierungszeit Brünings die reparationspolitische Zielsetzung nicht mehr durch Haushaltsüberschüsse, sondern durch Haushaltsdefizite gefährdet war, wurden konjunkturbelebende Maßnahmen umfassender Art selbst von denen (z. B. Reichsbankpräsident Luther) abgelehnt, die — wie Luther als Reichskanzler — 1926 noch zu ihren Protagonisten gehört hatten (S. 96 f.). Brünings Ansicht war, die deutsche Finanzpolitik müsse nach Annahme des Young-Plans so solide geführt werden, daß eine Unterbrechung des Reparationstransfers im Falle einer internationalen Finanzkrise nicht als Ergebnis schlechten Willens oder Verfehlens auf deutscher Seite interpretiert werden könne (S. 243).

Brüning verfolgte seine restriktive Finanzpolitik in klarer Kenntnis der Folgen für die Konjunktur und die Beschäftigungslage, wie seine Memoiren belegen und wie auch H.-E. unterstreicht (S. 236 f.). Aber angesichts des Primats der Reparationspolitik (S. 237 f.) glaubte er, diese Opfer der deutschen Volkswirtschaft abverlangen zu dürfen, und wollte erst nach der Beseitigung des Reparationsproblems das konjunkturpolitische Ruder herumwerfen. Brüning stimmte z. B. Anfang Januar 1932 den Forderungen seines Wirtschaftsministers Warmbold nach expansiven kreditpolitischen Maßnahmen grundsätzlich zu, meinte jedoch, der richtige Zeitpunkt dafür sei noch nicht gekommen (Memoiren, S. 503). Auch hatte er die geheime Absprache mit Luther, nach Streichung der Reparationen die Mark um 20 % abzuwerten (Memoiren, S. 367).

Der Handlungsspielraum der Regierung Brüning, den mit weiteren Argumenten ja auch Knut Borchardt in mehreren Beiträgen der letzten Jahre

als minimal darstellt (vgl. *K. Borchardt*, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1982), war m. E. nicht wegen der antizyklischen Konjunkturpolitik von 1926 verengt, wie H.-E. behauptet, sondern dadurch, daß der Lösung der Reparationsfrage höchste Priorität zuerkannt wurde. Dies führte dazu, daß Brüning und Luther auch die von ihnen als konjunkturpolitisch richtig und geeignet erkannten Maßnahmen zurückstellten.

H.-E. belegt viele dieser Argumente mit Hinweisen. Er konzentriert sich aber m. E. zu sehr darauf, daß Brüning einer sparsamen Haushaltspolitik schon 1926 und erst recht in den folgenden Jahren das Wort redete und als Kanzler in der Krise diese Linie tatkräftig weiterverfolgte. Damit greift er m. E. zu kurz. Zu zahlreich sind die Hinweise darauf, daß die gegensätzlichen finanzpolitischen Strategien in den beiden Situationen politisch durchgesetzt werden konnten, weil sie — erst expansiv, dann kontraktiv — der gleichgebliebenen reparationspolitischen Zielsetzung dienten, m. a. W. weil sie sich in ihrer jeweiligen Ausgestaltung für Fortschritte in der alles dominierenden Reparationsfrage instrumentalisieren ließen. Es ist trotz der finanzpolitischen Klemme, in die sich das Reich seit 1926 hineinmanövrierte, schwer vorstellbar, daß ohne den Primat der Reparationsfrage Brünings krisenverschärfende Politik so konsequent, so lange und mit so vielen wirtschaftlichen und schließlich politischen Opfern durchgehalten worden wäre, ganz abgesehen davon, daß ohne die deutschen Reparationsverpflichtungen in den entscheidenden Jahren 1928 - 1930 gar keine Defizite im Reichshaushalt entstanden wären.

In seinem Hauptteil gibt das Buch von H.-E. einen guten Überblick über die einzelnen Bestandteile der Krisenbekämpfungspolitik von 1926, vor allem die Steuersenkungen, die Exportförderungsmaßnahmen (Russenkredite und Exportkreditversicherung), die Aufträge der Post und Bahn, die Wohnungsbauförderungspolitik (= Geburtsstunde des sozialen Wohnungsbaus), die Arbeitsbeschaffungsprogramme und das Ostsiedlungsprogramm. Das Gesamtvolumen der Expansionsmaßnahmen lag bei rd. 2 Mrd. RM, knapp 3 % des BSP von 1926, d. h. ein vergleichsweise sehr bedeutender Umfang. H.-E. meint: „So mancher Politiker jener Jahre dachte in den Traditionen des liberalen ‚Laissez faire, laissez aller‘ und handelte trotzdem im Sinne eines wachsenden staatlichen Interventionismus“ (S. 132). So war der Streitpunkt denn auch eher, ob die expansiven Maßnahmen der Sozial- oder der Produktionspolitik (= Förderung der gewerblichen Investitionen) zugute kommen sollten (S. 142).

Eine Schwäche des Buches liegt darin, daß der Autor beim Vergleich von Nominalzahlen deren relative Größenordnung aus den Augen verliert und deshalb zu falschen Schlüssen kommt (z. B. S. 113 beim Vergleich der Maxima für Notenbankkredite an das Reich bzw. den Bund oder S. 149, wo die Wohnungsbauinvestitionen als beträchtlich bezeichnet werden, während sie tatsächlich im Vergleich zur Zeit vor 1913 relativ gering blieben). Der erste Teil des Buches, in dem die Vorgeschichte und die Ausgangssituation der Krise dargestellt werden, kann an vielen Stellen nicht befriedigen. Hier präsentiert H.-E. eine geraffte Darstellung der Strukturprobleme der Weimarer Wirtschaft nach der Inflation und erweist sich dabei als weniger sachkundig als in den stärker politikorientierten Teilen des Buches. Ob z. B. die Hauptursache der Krise tatsächlich im Kapitalmangel und in der Verschuldung der Wirtschaft lag (S. 24), wäre wohl erst noch zu prüfen. Immerhin gab es

im Sommer 1925 Hochkonjunktur mit Vollbeschäftigung trotz der Vernichtung der Geldvermögenswerte in der Inflation. Auch stimmen einige Behauptungen nicht: Z. B. war die 1925er Aufwertung der in der Inflation vernichteten Altschulden im Durchschnitt wesentlich geringer als 25 % (S. 62).

Insgesamt bereichert H.-E. jedoch die anhaltende Diskussion um die Ursachen der strukturellen Schwächen der Weimarer Wirtschaft und um die Gründe der Krisenpolitik Brüning's. Die antizyklischen Maßnahmen von 1926 in ihrer ganzen Breite dargestellt zu haben, muß ihm als besonderes Verdienst angerechnet werden.

C.-L. Holtfrerich, Berlin

Ernst, Ervin: International Commodity Agreements. The System of Controlling the International Commodity Market. (Originaltitel: Nemzetközi árujegyzmények Akadémiai Kiadó, Budapest 1982; übersetzt v. M. Vándor u. I. Ambrózy.) Martinus Nijhoff Publishers, The Hague-Boston-London 1982. 147 pp. Cloth Dfl. 65,—.

Diese ungarische Monographie bietet dem historisch und handelspolitisch interessierten Leser einen fundierten Streifzug durch die Geschichte internationaler Monopolisierungs- und Regulierungsversuche. Bis zur Weltwirtschaftskrise stehen preisstützende Mengenreglementierungen und Monopolisierungsabsichten bei international gehandelten Stapelgütern ausschließlich im Interesse der Produzenten und Exporteure. Weiterverarbeiter und Konsumenten sehen sich ausgeschlossen und werden zu Vertragsverhandlungen nicht hinzugezogen. Diese oft spontan ins Leben gerufenen Kollektiv-Monopole der Anbieterseite scheitern und können sich nicht gegen die Weltmarktendenzen durchsetzen. In einer anschließenden zweiten Phase bis zum 2. Weltkrieg gewinnt — nach dem Urteil des Verfassers — nationalstaatliches Wirken zunehmend Einfluß auf die Weltrohstoffwirtschaft. Die Handelsdiplomatie versucht, die divergierenden nationalen Rohstoffinteressen von Erzeuger- und Verbraucherstaaten in Vertragsabsprachen zu koordinieren. Die dritte, entscheidende Phase reift erst nach Ende des 2. Weltkriegs heran. Die von den Vereinten Nationen 1964 auf der Welthandelskonferenz in Genf gebildete UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) erzielt 1974 mit ihrer 93. Nairobi-Resolution einen ersten Schritt zur Internationalisierung der Rohstoffwirtschaft. Das sogenannte Integrierte Rohstoffprogramm der UNCTAD legt fest, daß Verhandlungen, Finanzierung und die erforderlichen Interventionsmaßnahmen von hierfür zu bildenden internationalen Gremien übernommen und somit weitgehend nationalstaatlicher Kompetenz entzogen werden.

Was die ökonomische Substanz der Veröffentlichung angeht, folgt sie zu unkritisch der bekannten Prebisch-Singer These — ohne diese freilich zu dramatisieren: sinkende Terms of Trade müssen in den Entwicklungsländern bei marktwirtschaftlicher Struktur des Welthandels zu relativer Verarmung führen. Man hätte sich gewünscht, daß der Verfasser stärker auf Preis- und Einkommenselastizitäten, strukturelle Mengenabhängigkeiten, Surrogatkonkurrenz, sekundäre Rohstoffgewinnung, politisches Konfliktpotential in den Erzeuger- und Verbraucherstaaten, Lagerfähigkeit von Stapelgütern und die dabei anfallenden Leerkosten eingegangen wäre. Spielen diese Bedingungen doch eine entscheidende Rolle bei der Formulierung von Stabilitätszielen. Der Standpunkt und das Verhandlungsziel der sozialistischen Staatengruppe wird sachlich dargestellt, die Diktion vermeidet politische Ideologie.

Stilistisch stören häufige Wiederholungen. Bei der vom Verfasser gewählten Stoffanordnung mußte dies unterlaufen, denn seit den 50er Jahren sind die Verhandlungsargumente, die oft „hoch in die Saiten greifenden“ UNO-Forderungen und Resolutionen von ermüdender Eintönigkeit und Gleichheit, die zu wiederholen sich der Autor genötigt sah.

In vielen Fällen schließt die Darstellung mit der Aussage, daß das betreffende Abkommen „inaktiv“, also funktionslos wurde, wofür ein Versagen bei den Quotenregulierungen, Bufferstockaktivitäten und der zu stabilisierenden „auskömmlichen“ Preishöhe ausschlaggebend war. Es ist erstaunlich, daß der Verfasser trotzdem seine optimistische Grundhaltung beibehält: Eine Stabilisierung der Rohstoffpreise auf kostendeckendem, auskömmlichen Niveau bei hohem Mengenumsatz ermöglichen zukünftige *funktionsfähige* internationale Rohstoffabkommen.

Auf die in marktwirtschaftlich orientierten Industriestaaten so intensiv diskutierten Fragen:

- a) Können rein administrative Maßnahmen die Unelastizitäten von Angebot und Nachfrage bei Plantagen- und Bergbauprodukten sowie die konjunkturellen Schwankungen der Weltwirtschaft ausgleichen?
- b) Wie läßt sich das ordnungspolitische Problem, weltweit beabsichtigte Kernplanung der Rohstoffe bei marktwirtschaftlich funktionierender industrieller Weiterverarbeitung, lösen?
- c) Wer bringt die gewaltige Finanzmasse zur Erstausrüstung dieser Weltrohstoffprogramme auf, und wie werden Verwaltung und die unausweichlichen Folgekosten unter den Vertragsparteien aufgeteilt?

Auf diese Fragen findet man in dem angezeigten Werk leider keine Antwort.

E. Birnstiel, Siegen